

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2012



Aabachstrasse 3
Gerichtsgebäude

Kantonsgericht

Strafgericht

-
- * 6 Affäre Pöschel/FDP – Am Abgrund? *
 - * 10 Bahninfrastruktur – Noch mehr Geld? *
 - * 13 Asylpolitik – Deserteure sind Helden *
 - * 16 Glendore – Herz der Finsternis *
 - * 22 NoGoIf – Eine Lektion in Sachen Demokratie *
-

 Kanton Zug

2

3 Editorial

25 Jahre müssen genügen

4 Würdigung

Danke, Stubi

6 Affäre Romer/FDP

Am Abgrund?

8 Affäre Romer/FDP

Der Fall Romer und der
«verderbliche Geldreichtum»

9 Genossenschaften

Gelebte Nachbarschaften

10 Bahninfrastruktur

Noch mehr Geld?

12 Asylpolitik

Referendum gegen Angstmacherei

13 Asylpolitik

Deserteure sind Helden

14 Würdigung

Danke, Jo!

16 Glencore

Herz der Finsternis

18 Businessmodelle

Harte Zeiten für Luftschlossbauer

20 Regierungsrat

Die neue Behörde ist bereit

22 NoGolf

Eine Lektion in Sachen Demokratie

23 Raumplanung

Raumplanung mit Biss!

24 Service

Frontal

Buch

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



Das Kyoto-Protokoll ist klinisch tot, die U.S.A., Kanada, China, Indien etc. machen weiter wie wenn es keine Klimaerwärmung gäbe.

Cartoon: David Horsey, Los Angeles Times

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

25 Jahre müssen genügen

Martin Stuber

Als ich 1988 «schleifend» in die Redaktion des damaligen SGA-Bulletins eintrat (ins Impressum schaffte ich es erst Mitte 89...) und mit einem Artikel über die erstaunlich kritische Analyse des Finanzplatzes durch einen gewissen Hans G. Rentsch den journalistischen Einstand gab, hätte ich mir nicht träumen lassen, dass daraus fast 25 Jahre Redaktionsarbeit werden würden.

Das BULLETIN als Unikum in der rotgrünvioletten Medienlandschaft hat nicht nur einen Teil der Zuger Politlandschaft mitgeprägt, sondern mit dem regelmässigen quartalsweisen Produktionspeak auch meinen persönlichen politischen Rhythmus mitbestimmt. In dieser Zeit habe ich bei insgesamt drei Nummern wegen Auslandsaufenthaltes gefehlt, ansonsten war ich immer an Bord.

Dass es 1993/94 gelang, mit einer Reorganisation der Finanzierung und der Einrichtung einer professionellen Abo-Datenbank die Quartalszeitung auf langfristig gesunde und selbstfinanzierte Füsse zu stellen, darauf bin ich ehrlich gesagt schon etwas stolz. Diesen Stolz teile ich mit Arlene, die mit ihrer genauen und fehlerfreien Pflege dieser DB einen wenig beachteten, aber entscheidenden Beitrag für die Stabilität des Bulletins leistet.

Und mit der lang ersehnten Gründung eines richtigen Herausgebersvereins anstelle der faktisch nicht-existenten Vereinshülle «Förderverein pro SGA-Bulletin» wurde die Redaktion am 19.2.2001 endgültig von der letzten existenziellen Sorge befreit und konnte sich auf die Produktion des Mitte 1999 umgetauften BULLETINS des alternativen Zug konzentrieren. Damit spurte die



Zeitung der Zuger Alternativen die Gründung einer kantonalen Partei vor. Kaum zu glauben, dass dies noch keine 7 Jahre her ist!

Also immer viel Arbeit, aber eben auch viel Befriedigung – am Ende der intensiven Arbeit stand immer ein Magazin, das sich sehen lassen darf, und um das uns alle anderen politischen Parteien beneiden. Wie viele Alternativ Grüne das auch so sehen, steht auf einem anderen Blatt. Die Entwicklung der Abozahlen über all die Jahre und das insgesamt doch spärliche inner-alternative Echo weckt manchmal Zweifel.

Aber die Arbeit hat oft Spass gemacht – dank der Redaktion! Es ist ein Privileg, in all den Jahren mit so vielen tollen Leuten zusammen etwas zu erschaffen, und ich kann ehrlich sagen: Ausser

vielleicht während zwei bis drei Jahren in der damaligen GGR-Fraktion 98–02 habe ich nirgends in der Politik immer wieder so viel gelacht wie in der Redaktion. Nur schon das war es wert!

Die Nummer 4/2012 wird meine letzte sein als Redaktionsmitglied. Ich bleibe, falls gewünscht, als Autor erhalten.

Zum Schluss bleibt mir, allen zu danken, denen ich auf diesem langen Weg begegnen durfte, und allen zu danken, welche für den Weiterbestand des BULLETINS sorgen werden. Ich schaue mit zwei lachenden Augen zurück und bin optimistisch und auch ein wenig gespannt auf die Zukunft.

(aus dem Demissionsschreiben von Martin Stuber an Redaktion und Herausgebersverein) ■

Danke, Stubi!

Dana Zurr, Herausgeberverein BULLETIN | Bilder Arlene Wytenbach

4 **Martin Stuber hat den Vorstand des Herausgebervereins wie auch seine RedaktionskollegInnen im August 2012 informiert, dass er nach 25 Jahren auf Ende 2012 aus der Redaktion ausscheiden wird. Stubi – so sein Rufname in seinem nahen wie auch weiteren Umfeld – hat damit an 100 Ausgaben des Bulletins ehrenamtlich mitgewirkt. Diese ehrenamtliche Arbeit hat nicht nur einen beachtlichen Umfang, sondern ist auch Ausdruck einer bemerkenswerten Konstanz.**



Stubi trat 1988 «schleifend» in die Redaktion des damaligen SGA-BULLETINS ein und schaffte es erst Mitte 1989 auch ins Impressum. Eigentlich typisch für die alternative Bewegung. Inhalte und Engagement waren wichtiger als formelle Strukturen und erst recht das Geld. Martin erinnert sich, dass er seinen journalistischen Einstand mit einer kritischen Analyse des Finanzplatzes gab. Wir schreiben das Jahr 2012 und auch heute gibt es noch genügend Möglichkeiten, den Finanzplatz kritisch zu analysieren. Mittlerweile tun das nicht nur «Unikate» der rotgrünvio-

letten Medienlandschaft wie das Bulletin. Das Bulletin sprach von Anfang an Themen an, blieb pointiert dran und liess sich auch weder von echauffierten noch und ab und zu auch drohenden Personen und Firmen beeindrucken.

Stubi, der Gewerbler

Stubi widerspiegelt diese schaffige Beharrlichkeit und Freude an der gelegentlichen Provokation. Unter den Alternativen verkörpert er den Gewerbler in der Politik. Er ist weniger der Schöngest oder der Mann des pompösen Auftritts und auch nicht

der lokale Patriot. Stubi arbeitet langfristig, gleichzeitig pragmatisch und handfest an seinen Themen und pflegt den Blick über den Tellerrand. Diese Mentalität hat er wohl schon früh im Geschäft seiner Eltern kennen gelernt. Sie kamen aus dem reformierten, im Dreiländereck gelegenen Basel in den Fünfzigerjahren ins kleinstädtische, katholische Zug. Der Laden für Autozubehör an der Poststrasse in Zug war das familiäre Epizentrum und Stubi als drittes Nachzüglerkind nach zwei Schwestern hatte seinen eigenen Platz in dieser Konstellation. Alle liessen ihn wohlwollend gewähren. Und so nutzte dieser kleine Liebling schon früh seine Freiheiten und lotete Grenzen aus.

Auf dem Redaktionsschiff

Stubi sagt, dass die regelmässige quartalsweise Produktionsspitze seinen politischen wie auch persönlichen Rhythmus mitbestimmt hat. Er fühlte sich in der Redaktion an Bord und seine Kolleginnen und Kollegen bezeichnet er als seine FreundInnen. Während dieser 25 Jahren hat er nur bei drei Nummern gefehlt, weil er sich doch auch erlaubte, sein Zuger Redaktionsschiff in Richtung Ausland zu verlassen, einmal übrigens auf einem Frachtschiff nach Übersee. Das Redaktionsschiff wurde auf ziemlich eigenwillige Art und Weise gesteuert. Zwar gab es schriftlich festgehaltene Absprachen, wer was bis wann liefern sollte und wann die Redaktionssitzungen bis zur Abgabe an die Druckerei stattfanden, doch wurden, von aussen betrachtet, starke informelle Muster und Rituale in dieser selbstverwalteten Redaktion gepflegt. Es schien fast, als ob alle Beteiligten quartalsweise die grosse Krise konstruierten und das Bulletin dann doch noch in letzter Minute mit Sondereinsätzen, vereinten Kräften und komplexer Kommunikation zum Druck brachten – Druck braucht halt Druck. Alle konnten sich darauf erschöpft, glück-

lich und stolz zurücklehnen, bis zur nächsten Nummer, wenn das Spiel von Neuem losging. Das Ganze glich einem Kammerspiel, in dem Stubi sicherlich seinen tragenden Part letztlich mit grosser Befriedigung spielte.

Pioniergeneration

Stubi weist darauf hin, dass das BULLETIN des alternativen Zug die Gründung einer kantonalen Partei im Jahr 2006 vorspurte. In der Tat kann diese Rolle des BULLETINS nicht unterschätzt werden. Das BULLETIN pflegte letztlich einen verbindenden Ansatz und bot mit seiner Offenheit eine Plattform für alle Grünen, Roten und Violetten. Sicherlich hatte Stubi seine Linie und kämpfte auch für seine Sicht der Dinge, dennoch hatte er ein gutes Gespür für verbindendes, verbindliches und grosszügiges Handeln. In den letzten sieben Jahren hat sich auf kantonaler Ebene dank vieler AkteurInnen eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Gleichzeitig verabschiedet sich die grüne Zuger Pioniergeneration. Inhalte und Engagement sind weiterhin da. Es gibt eine berechtigte Hoffnung, dass neue und jüngere Kräfte nachrücken bzw. sie spielen schon tüchtig einen Part. Die Strukturen sind jedenfalls da, um weiterhin dieses Unikum in der Medienlandschaft zu erhalten.

Dank und Vorfreude

Stubi verabschiedet sich also mit der Nummer 4/2012 aus der Redaktion, behält aber das Recht, mit seinem Bord-Kanönchen ab und zu Provokationen aus dem Bulletin zu böllern. In dem Sinne gebührt Martin ein grosser Dank seitens des Herausgebervereins für diese aussergewöhnliche ehrenamtliche Tätigkeit und gleichzeitig ist sie gepaart mit einer Vorfreude auf Kolumnen, die noch spannender sein könnten, da sie verfasst werden mit mehr Abstand, Musse und einer gewissen Leichtigkeit, die sich mit zunehmendem Alter einstellt. Herzlichen Dank! ■



«Danke sagen möchte ich auch für eure immer wieder beeindruckende und aufrüttelnde Arbeit und Berichterstattung. Das faule Zurücklehnen in der warmen Stube bekommt dann einen bitteren Nachgeschmack ;-). Klar hat es auch das eine oder andere, das mir bekannt ist, aber ich finde es spannend, zusätzliche Blickwinkel geliefert zu bekommen.» (Feedback einer Leserin auf das Bulletin Nr. 1/2012)

Unser Redaktionsteam sucht Verstärkung

Wir sind ein engagiertes Team, das 4-mal im Jahr eine Zeitschrift herausbringt, die ihresgleichen in der Schweiz suchen kann. Das machen wir aus Überzeugung, mit viel Engagement und weil wir das Herz auf dem linken Fleck haben. Unser Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, die Arbeit im Team macht Spass. Das Redaktionsteam korrigiert, redigiert, lektoriert, schreibt manchmal auch Artikel, sorgt für Kontakte zu potenziellen Autorinnen und Autoren, sorgt dafür, dass die Artikel fristgerecht eintreffen, hat das Ohr am Puls der Politik und weiss ungefähr, was auf der politischen Traktandenliste (national und kantonal) steht. Die Redaktionsmitglieder sorgen dafür, dass die Aufgaben gemäss den eigenen Ressourcen verteilt werden. Für die Inhalte ist die Redaktion zuständig, sie ist also auch frei in der Auswahl der Themen. Nun suchen wir Verstärkung.

Hast du Interesse an dieser vielfältigen Arbeit?
Bringst du Zuverlässigkeit und Ausdauer mit?
Bist du interessiert an ehrenamtlicher Arbeit?
Willst du deine Fähigkeiten im Umgang mit Sprache anwenden?

Dann melde dich unter bulletin@alternative-zug.ch. Wir freuen uns auf Verstärkung.
Das BULLETIN-Redaktionsteam

Am Abgrund?

Martin Stuber, Bulletin Redaktor | Bilder Bulletin

6 Der Fall des und von Ivo Romer kommt einem kleinen politischen Erdbeben in der Hauptstadt des flächenmässig kleinsten aber monetär reichsten Schweizer Kantons gleich. Eine Eruption, die sich im Untergrund ankündigte und deren Schockwellen schliesslich bis nach Baar wirkten. Es war dicke Post, was die Mächtgern-Erben einer reichen Zugerin via ihren Anwalt der Weltwoche gesteckt hatten. Und es war noch dickere Post, wie Weltwoche und Neue Zuger Zeitung dann aus dem Fall Romer/FDP einen «Fall Stadtrat» konstruierten. Und die politische Dimension der Affäre totschwiegen oder verwedelten.

Auch wenn rechtlich gesehen die Unschuldsvermutung gilt und auch wenn die Motive der Kläger nicht über alle Zweifel erhaben sind: die Vorwürfe an Ivo Romer sind zu hap- und zu gut belegt. Das alleinige Mandat mit Generalvollmacht in einer Stiftung, welche die Millionen einer alten Frau verwaltet und die Geldflüsse aus dieser Stiftung über seltsame Firmen in Ländern wie Tschechien und Brasilien – das alleine reichte schon aus. Der richtige Hammer ist aber, dass sich Romer der Kontrolle seines Vermögensverwaltungsgeschäftes durch die FIN-MA oder die Selbstregulierungsbehörde entzogen hat.

FDP-Granden im Bild

Es blieb der Schweizerischen Handelszeitung vorbehalten, auf etwas hinzuweisen, was in der Stadt nach Romers Rücktritt schnell die Runde machte: FDP-Granden waren informiert über Romers Probleme – und unternahmen nichts.

Romers Firma Fidustra ist eingemietet bei – Ueli Straub! Straub, wir erinnern uns, war der FDP-Stadtrat, welcher vom Amt heillos überfordert Hals über Kopf den Hut nahm – und Romer wurde daraufhin sein Nachfolger. Straubs Überforderung hatte nicht nur mit dessen Führungsschwäche zu tun, sondern eben auch mit der Frage Hauptamt oder Vollamt. Mit zwei Arbeitstagen auf dem Amt pro Woche kann das Bildungsdepartement der Stadt Zug nicht geführt werden. Nach wie vor

warten wir auf eine Recherche des kantonalen Monopolblattes zu dieser Frage.

Das Vollamt – mit einem Lohn von max. CHF 160'000 – 170'000 muss die einzige logische Folge aus der Affäre sein.

Auch ein Fall Neue ZZ

Ein bisschen ist der Fall Romer auch ein Fall Neue ZZ. Die Recherchehemmungen bezüglich FDP, aber auch CVP – und personenabhängig auch bei SVP (Zitat eines Zuger Politurgesteins: «dieses Tännler-Jubiläum lese ich nicht mehr») und manchmal sogar bei der SP hat auch vor Ivo Romer nicht Halt gemacht. In der Redak-

tion waren offenbar schon vor anderthalb Jahren im Zusammenhang mit Romers kuriosen ausländischen Firmen Fragen aufgetaucht. Bei sorgfältiger Recherche wäre da wohl auch die Frage dieser ominösen Stiftung der Frau de Beaufort ins Visier gekommen.

Und jetzt, wo es bekannt ist, umschifft die Neue Zuger Zeitung sowohl in Berichterstattung wie auch in den Kommentaren des Chefredaktors die eigentliche Frage: was dürfen Zuger Stadträte neben ihrem politischen Amt noch alles nebenher? Im GGR ist genau diese Frage genau jetzt im Brennpunkt. Zwei Medienmitteilungen gleich nach Bekanntwerden der Affäre und nach dem schnellen Rücktritt, welche den Finger auf diesen wunden Punkt gelegt haben, sind zur Zeit der Niederschrift dieses Artikels praktisch totgeschwiegen worden (siehe Kasten).

Es blieb der in Luzern produzierten Zentralschweiz am Sonntag vom 2.12.2012 vorbehalten, sich dieser zentralen Frage zuzuwenden. Fairerweise muss auch gesagt werden, dass Stapi Dolfi Müller es der Neuen ZZ



Sitz von Romers Finanzdienstleistungs-firma Fidustra SA – seit 7 Jahren eingemietet beim Ex-FDP-Stadtrat Ueli Straub.



Es brauchte die Intervention des nationalen Parteipräsidenten, damit die Stadtzuger FDP merkte, was es geschlagen hat.

auch leicht gemacht hat: in seinem grossen Interview vom 1.12.2012 hat er es tatsächlich geschafft, dieser Frage aus dem Weg zu gehen. In den nationalen Medien war die Frage zu Recht das Thema Nr. 1, im lokalen Monopolblatt (noch?) nicht.

Fragezeichen zum Stadtrat

Der Stadtpräsident hat gemäss eigenen Aussagen im November von

Stadtrat Romer über die Strafklage und die Hausdurchsuchung im Stadthaus erfahren. Und ist mit Romer übereingekommen, seinen KollegInnen nichts zu sagen! Angesichts der schwerwiegenden Vorwürfe in der Strafklage eine absolut unverständliche Unterlassung von Dolfi Müller. Denn, soviel lässt sich annehmen – hätte der übrige Stadtrat Kenntnis gehabt von der Strafklage und dessen Inhalt, wäre die Sache vielleicht anders gelaufen. Dann hätte Romer vielleicht die Beweise für seine behauptete Unschuld auf

den Tisch legen müssen – was er bis heute ja nicht getan hat.

So aber haben die Medien das Gesetz des Handelns übernehmen können. Und schliesslich einen «Fall Stadtrat» regelrecht konstruiert mit Dolfi Müller und Andreas Bossard auf der Anklagebank. Das Vorgehen dieser beiden Zeitungen wurde noch erleichtert durch das mehrmals ungeschickte Vorgehen der Stadtregie-

rung, welches im kontraproduktiven Boykott eines Podiumsgesprächs gipfelte. Die FDP reibt sich derweil die Hände – Karl Kobelt darf die Finanzabteilung übernehmen, inkl. Immobilien. Wie wenn nichts gewesen wäre.

Medienmitteilung der Alternative – die Grünen Stadt Zug / 29.11.2012

Die Alternativen – die Grünen der Stadt Zug fordern, dass die Stadträte in der Stadt Zug künftig im Vollamt und nicht mehr im Hauptamt tätig sind. Stadträte sollen sich zu einem angemessenen Lohn auf ihre Arbeit konzentrieren können. So können auch Turbulenzen, welche die politischen Prozesse stören, vermieden werden.

Im Zusammenhang mit der Medienberichterstattung über die nebenberufliche Erwerbstätigkeit von Stadtrat Ivo Romer ist für die Alternativen – die Grünen der Stadt Zug klar, dass wir unabhängige Stadträte brauchen, die keinen Nebentätigkeiten nachgehen. Es darf nicht sein, dass Stadträte neben der verantwortungsvollen Tätigkeit in der Exekutive noch weiteren Geschäften nachgehen.

Wir forderten bereits im Jahre 1990 die Umwandlung des Hauptamtes, das eine nebenberufliche Erwerbstätigkeit erlaubt, in ein Vollamt. Auch im Rahmen der gegenwärtig laufenden Diskussionen im Zusammenhang mit der Revision des Stadtratsreglements halten wir an dieser Forderung fest.

Die Wählerinnen und Wähler haben ein Anrecht auf Persönlichkeiten in der Stadtregierung, die sich voll und ganz ihrer Regierungstätigkeit widmen können. Das Vollamt soll so bald wie möglich eingeführt werden, losgelöst von der Frage der Lohnanpassung.

Im Namen des Vorstandes der Alternativen – die Grünen Stadt Zug
Jolanda Spiess-Hegglin



Zwei leere Stühle am Podiumsgespräch der Weltwoche. Statt auf einer neutralen Gesprächsleitung zu bestehen und als Stadtrat in corpore anzurücken, boykottierten Dolfi Müller und Andreas Bossard die Veranstaltung, schlecht beraten u.a. durch den Stadtschreiber. Die Alternative Grüne Jolanda Spiess-Hegglin sorgte zusammen mit den wenigen aktiven GesinnungsgenossInnen und weiteren kritischen BesucherInnen dafür, dass der Anlass für die Weltwoche trotzdem zu einem Rohrkrepiere wurde.

Der Fall Romer und der «verderbliche Geldreichtum»

Jo Lang* | Illustration Marco Knobel

8 «Systematisches Plündern» gehört zur Zuger Steueroase wie das Amen in der Kirche.

Wer auf einen Artikel über Zug mit dem Titel «Systematische Plünderung» stösst, denkt zuerst an Namen wie Glencore, Xstrata, Vekselberg, an Länder wie Kongo, Sambia, Kolumbien, an Dinge wie Kupfer, Zink, Kohle. Darauf kommt ihm das Abzocken fremder Steuersubstrate über Briefkastenfirmen, gemischte Gesellschaften, Holdings in den Sinn. Wenn er dann beim Überfliegen des Textes liest, dass «systematische Plünderung» in einer Strafanzeige angeprangert wird und dass die Zuger Staatsanwaltschaft deswegen aktiv ermittelt, dann wird er stutzig. Afrikanische oder lateinamerikanische Minen systematisch auszuplündern, Gewinne an anderen Fiskussen vorbeizuschmuggeln, ist doch nichts Verbotenes.

Kein Recht ohne Grenzen

Was der zurückgetretene Stadtrat Ivo Romer getan haben soll, fügt sich nahtlos ein in die Geschäftspraktiken der Rohstoffmultis und in das Geschäftsmodell der Steuerprivilegien. Die jüngsten Berichte von «Fastenopfer» und von «Brot für alle» über die Ausbeutung menschlicher, natürlicher und fiskalischer Ressourcen im südlichen Afrika hätten ebenfalls mit «systematischer Plünderung» übertitelt werden können. Ivo Romer könnte seine Mitbürgerinnen und Mitbürger tatsächlich fragen: «Wenn die Multis Minenarbeiter ausbeuten, der Fiskus fremde Gemeinwesen abzockt und gute Bekannte vom Umzug Vekselbergs profitieren, warum soll ich nicht meine Goldmine plündern dürfen?» Er stellt diese Frage nicht, weil ihm klar geworden sein muss, dass es einen grossen Unter-

schied macht, wo sich der fragliche Tatort befindet. Das Recht hat immer noch seine Grenzen.

Vielleicht aber stellt sich der FDP-Stadtrat nach seinem Rücktritt eine andere Frage: «Wie konnte ich derartige Risiken eingehen?» Romer musste geahnt haben, dass das politische Amt das private Geschäft noch gefährlicher machte. In der Welt der Anwälte, Treuhänder, Wirtschaftsprüfer, in der sich Romer bewegt, herrscht seit Jahrzehnten Goldgräber-



stimmung. Wer als Anwalt oder als Treuhänder nicht Millionär wird, ist entweder ein Linker, oder er gilt als Depp. Und wer sich verspekuliert hat, dem ist jedes Mittel recht, wieder hochzukommen und dabeizubleiben – sei es als Sponsor bei den «Wild Girls on Snow» oder als «Prinz» bei der Zunft der «Letzibuzäli».

Der neue Klerus

Die informelle Zunft der Wirtschaftsanwälte und Treuhänder hat heute im Kanton Zug eine ähnliche Machtposition inne, wie sie früher der Klerus hatte. Gab es im 19. Jahrhundert keinen anderen Kanton mit einem derart hohen Anteil von Geistlichen, Mönchen und Klosterschwestern, hat heu-

te höchstens der Kanton Genf im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mehr Anwälte, Treuhänder und Steuerberater. So beschäftigen allein die 700 Treuhandbüros über 2000 Personen. In der Kantonsrats-Kommission, welche im Jahre 2000 die Totalrevision des Steuergesetzes vorberaten hat, stellte der «neue Klerus» (Al Pacino im Film «The Devil's Advocate») die Mehrheit. Kein Wunder, verteidigt die Zunft verbissen das Recht, öffentliche Amtsausübung und private Geschäftstätigkeit zu verbinden. Selbst nach dem Fall Romer lehnt sie das Vollamt für Stadträte ab.

Franz Carl Stadlin, der geistige Vater des Zuger Liberalismus, schrieb in den 1820er-Jahren, der «Geldreichtum» aus dem Söldnerwesen habe «unseren Kanton dem Verderben» zugeführt: «Der öffentliche Geist war an der Feilheit verdorben.» Der Fall Romer, der sich auf dem Platze Zug selber abspielt, kann vielleicht die Einsicht be-

fördern, dass das geltende Geschäftsmodell ebenso wenig Zukunft hat, wie es der Söldnerhandel vor zwei Jahrhunderten hatte. Voraussetzung für diesen Lernschritt ist, dass der Fall Romer nicht als isolierter Einzelfall eines Verirrten, sondern als symptomatisches Beispiel für «systematisches Plündern» verstanden wird.

* Dieser Artikel ist die gekürzte und aktualisierte Version eines Gastbeitrags in der Weltwoche 49/12, zu der Jo Lang aufgrund der Titelgeschichte «Millionen-Skandal in Zug – Finanzvorstand Ivo Romer (FDP) leerte das Konto einer hochbetagten Witwe» (48/12) eingeladen worden ist. ■

Gelebte Nachbarschaften

Andreas Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz | Bild Verein Neustart Schweiz

Stell dir vor, du kommst nach einem anstrengenden Arbeitstag nach Hause und erkundigst dich nebenan in Mirjams Werkstätte, ob dein Velo schon repariert ist. Dann betrittst du die Lounge, wo du bekannte Gesichter beim Zeitungslesen, Schwatzen oder Billardspielen entdeckst. Ein feiner Duft lenkt dich ab: George hat Lasagne gemacht.

Das Betriebskonzept deiner Nachbarschaft kommt mit vier Stunden Gratisarbeit monatlich aus. Dazu sechs bezahlte, professionelle Stellen. Insgesamt geht der Mix auf: Du sparst mehr Hausarbeit als die vier Stunden, die du beisteuern musst, und geniesst den Komfort eines Viersternhotels. Auch die Kosten stimmen: Du kannst im Bistro günstig essen und sparst dir das Einkaufen, denn die Lebensmittel sind billiger als beim Grossverteiler, frischer, biologisch und du kennst die Erzeuger.

Wohnform der Zukunft

Was hier vielleicht wie eine Vision aus den 68ern klingt, ist eines der spannendsten Konzepte einer zukünftigen Wohnform. Einer Wohnform, die ökologisch den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entspricht und die Nachbarschaften zu lebhaften, sozialen Gebilden macht: Die ökologisch und sozial verträgliche Wohnform der Zukunft.

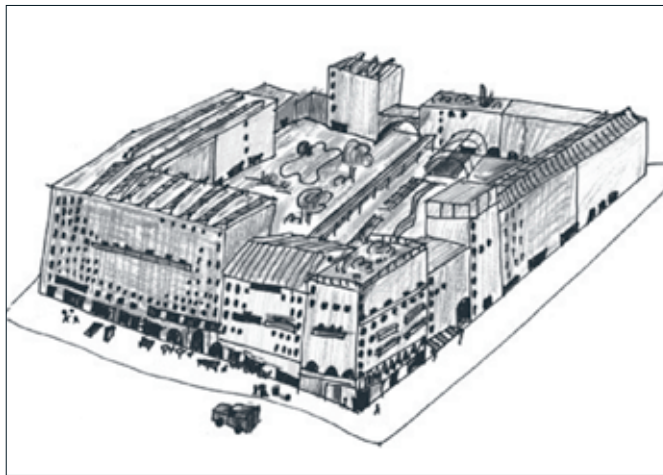
Umdenken!

Unsere Städte sind durch die kommerzielle Entwicklung so unstrukturiert geworden, dass kaum jemand mehr weiss, wo, mit wem und wie gewohnt wird. Insbesondere in Städten wird in den letzten halbwegs bezahlbaren Wohnungen nur noch gehaust – das Leben muss individuell und meist per Auto zusammengesucht werden. Solange Energie- und Ressourcenverbrauch keine Rolle spielten, war eine solche Lebenswei-

se möglich. Doch die Zukunft fordert ein Umdenken.

Ein Dorf in der Stadt

Verdichtung gehört heute zu den Schlagworten grüner Politik. Echte Verdichtung funktioniert aber nur dann, wenn soziale Beziehungen und Dienstleistungen miteinbezo-



Dorf in der Stadt: Wohnform der Zukunft?

gen werden. Notwendig ist eine Re-lokalisierung. Dabei werden verstreute Funktionen, deren Kombination viel Energie verbraucht, wieder zu Einheiten gebündelt. Wohnen, Arbeiten, Produktion, Einkaufen, Essen, Unterhaltung müssen in grösserem Umfang als heute in Nachbarschaften integriert werden. Dadurch verkürzen sich die Wege, Güter können an Ort und Stelle mehrfach genutzt, Dienstleistungen gegenseitig erbracht werden, lokaler Reichtum erspart das Suchen nach dem ewigen besseren «Anderswo». Diese Reintegration ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch eine sozi-

ale und kulturelle Bereicherung. Sie fördert ein lebhaftes Quartier, eine Durchmischung der Bevölkerung, was auch Ängste und Vorurteile gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen abbaut. Das Quartier wird zum Dorf in der Stadt.

Achtstöckige Gebäude mit Innenhof

Optimale Verdichtung findet nicht in Hochhäusern statt; diese sind in kommunikativer und sozialpsychologischer Hinsicht suboptimal und viel zu teuer in Bau und Unterhalt. Im Idealfall bilden ca. achtstöckige, aneinandergrenzende Gebäude mit Innenhof in der Mitte eine Nachbarschaft. Darin leben zwischen 350 und 800 Menschen (im Schnitt 500 Personen in 200 Wohnungen). Erst diese Dimension erlaubt eine umfassende Versorgung und sinnvolle Nutzung von Gastrobetrieben, Läden, Kinderkrippen und Dienstleistungsbetrieben. Mehrere Nachbarschaften bilden ein Quartier, das die Dienstleistungen für das öffentliche Leben wie beispielsweise Schulen, Verwaltung, Gesundheitsversorgung etc. übernimmt.

Wie das Beispiel oben schön beschreibt, nutzen diese Nachbarschaften viele Synergien. Nicht jede Wohnung braucht Waschmaschine, Kochherd, Badewanne. Mit ein wenig Jobsharing kann die Kinderbetreuung gemeinsam organisiert werden. Durch Direktverträge mit landwirtschaftlichen Betrieben aus der Region kommt nur lokales Essen auf den Tisch und Produzent und Konsument sind keinen künstlichen Preisschwankungen des Marktes ausgesetzt. Genossenschaftliche Nachbarschaftsmodelle bilden eine erstrebenswerte Alternative zu den heutigen Wohnformen. Die Zeit ist reif, Visionen wahr werden zu lassen. ■

Noch mehr Geld?

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative Grüne Fraktion, Zug | Illustration BULLETIN

10

Der weitere Ausbau der Bahninfrastruktur in den kommenden Jahrzehnten (FABI) ist anfangs Dezember vom Ständerat als Erstrat beschlossen worden. 6,4 statt 3,5 Milliarden sollen für den ersten Ausbauschnitt bis 2025 zur Verfügung stehen – finanziert durch eine temporäre Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Promille. Neben zusätzlichen Projekten sollen die Vorhaben für den zweiten Ausbauschnitt nach 2025 schon geplant und projektiert werden. Dafür stehen neu 400 Millionen zur Verfügung.

So klar die Stimmenverhältnisse (keine einzige Gegenstimme!) im Ständerat waren – ob der Nationalrat nachziehen wird, ist noch offen. Die Economiesuisse macht schon mobil gegen den Entscheid. Und erhält Sukkurs von unerwarteter Seite: Benedikt Weibel, ehemaliger SBB-Boss, warnt vor zu viel Investitionen in die Bahninfrastruktur wegen der Folgekosten.

Unterhalt kostet

Tatsächlich – wer das Buch «Warnsignal»* gelesen hat, wird nicht mehr daran vorbeisehen, dass mit dem Wachstum der Bahninfrastruktur auch die Unterhaltskosten steigen werden. Wenn dies durch Mehreinnahmen dank mehr beförderten Passagieren kompensiert wird, lässt sich das rechtfertigen. Aber dann müssen diese Mehreinnahmen auch wirklich in den Unterhalt fliessen!

Und eben – der Ausbau muss höhere Einnahmen generieren, d.h. die Projekte sind auch daraufhin zu prüfen. Das passiert heute nicht oder wird zu wenig gewichtet. Leider wurde auch der systemische Fehler, der in der Diskrepanz zwischen dem Bewertungsraster der Projekte und den Prioritäten von FABI liegt, in der ständerätlichen Kommission offenbar nicht behandelt (siehe dazu Bulletin 2/2012 «Weniger gibt mehr»). Das Bewertungsraster priorisiert bekanntlich den Fahrzeitgewinn während FABI richtigerweise die Kapazität und die Optimierung des Knotensystems bevorzugt. Die Folge ist, dass die Kosten-Nutzen-Rechnung der einzelnen Projekte aus dem Lot gerät und womöglich nicht die richtigen Projekte zuerst an die Reihe kommen.

Überall ein bisschen ...

Eine Betrachtung der nun vorgeschlagenen Ausbauten hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Jede Region bekommt etwas, ausser die Zentralschweiz. Dass der Schwerpunkt in der Romandie liegt, lässt sich durchaus vertreten, dort besteht ein Nachholbedarf. Aber eine längerfristige Gesamtsicht, der eine nachvollziehbare Strategie zugrunde liegt, ist nicht sichtbar.

Wer das Buch «Bahn-Plan 2050»** studiert hat, wird angesichts des Ständeratsbeschlusses das beklemmende Gefühl nicht los, dass viel Geld in ein Flickwerk mit schlussendlich zu wenig Nutzen investiert wird. Als Beispiel sei das Kapitel 3 erwähnt, welches unter dem Titel «Von Genf nach Lausanne: Bauen oder Basteln» aufzeigt, dass die in FABI geplanten Ausbauten schlussendlich nur Pflasterlipolitik sind.

Gegenvorschlag zur VCS-Initiative

FABI ist explizit als Gegenvorschlag zur VCS-Initiative gedacht. Diese verlangt eine befristete Umwidmung eines Teils der Mineralölsteuer für den Ausbau der Bahninfrastruktur. So würden die Gewichte von der Strasse Richtung Schiene verlagert. Demgegenüber ist die Version des Ständerates letztendlich eine Fortschreibung des dualen Infrastrukturausbaus von Schiene und Strasse. Die Gefahr bei diesem Weg liegt darin, dass die BenutzerInnen des ÖV stärker zur Kasse gebeten werden müssen, ohne dass der Strassenverkehr im Gleichschritt ebenfalls teurer wird. Damit riskiert die Politik einen Um-

stieg von der Schiene auf die Strasse. Im Zeitalter von Peakoil eigentlich ein NoGo.

Eine Vorentscheidung darüber, wie lange sich die Schweiz den gleichzeitigen Ausbau von Schiene und Strasse auf hohem Niveau noch leisten will, für ein Verkehrssystem, das als Gesamtes bei weitem nicht kostendeckend ist, wird der Souverän wohl 2014 fällen, wenn über den Bahnin-



Bahnhof Zug – in Zukunft sollen die Kantone für die «Publikumsanlagen» – sprich «die Bahnhöfe» aufkommen.

frastrukturfonds und die VCS-Initiative abgestimmt wird. Definitiv wird's dann, wenn der Strassenbaufonds, der im Departement Leuthard vorbereitet wird, vors Volk kommt.

ZBL – Variantenvergleich jetzt!

Unser Anliegen, dass angesichts der knappen Mittel das Geld optimal einzusetzen ist, hat uns neben anderen Vorteilen dazu geführt, den Zimmerberg light (ZBL) vorwärtszutreiben anstelle des veralteten Projektes eines Zimmerberg-Basistunnels II (ZBT II). Dieses Anliegen ist wichtiger denn je. Mit dem Entscheid des Ständerates, für den Zimmerberg die Projektierungsmittel schon zu sprechen, wird

der Weg frei für einen seriösen und fundierten Vergleich von Kosten und Nutzen zwischen ZBL und ZBT II. Dabei muss die Prioritätenordnung von FABI zum Zuge kommen! Regierungsrat Matthias Michel hat sich vor einigen Monaten anlässlich einer Anhörung vor dem Baarer Gemeinderat dazu bekannt, dass er einen solchen Variantenvergleich begrüsst und unterstützen wird. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Dirty little secret

Ja – und dann ist da noch dieses dirty little secret, das zwar nicht wirklich ein Geheimnis ist, aber Jahr für Jahr unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit durchschlüpft: Die SBB haben gar nicht die Kapazität, das Geld auszuschöpfen, welches ihnen per Leistungsvereinbarung zur Verfügung steht. Wir zitieren aus einer Mitteilung des BAV vom 16.10.2012: «Bei der Leistungsvereinbarung handelt es

sich um ein mehrjähriges Steuerungsinstrument, mit dem der Bund Betrieb, Unterhalt und einzelne kleinere Erweiterungsinvestitionen der Schienen-Infrastruktur bestellt und mit dem dazugehörenden Zahlungsrahmen finanziert. Für die Jahre 2011 und 2012 hatte das Parlament für die SBB-Infrastruktur einen Zahlungsrahmen von 3,46 Milliarden Franken bewilligt. 165 Millionen davon schöpfte die SBB aufgrund von Einsparungen bei der Auftragsvergabe, Effizienzsteigerungen und Projektverzögerungen nicht aus.» Verwendet wird das Geld jetzt für eine vorzeitige Rückzahlung einer Kreditrate für die Durchmesserlinie Zürich.

Projektverzögerungen entstehen meistens wegen fehlender Projektkapazitäten. Deshalb ein Tipp an Junge, die vor der Berufswahl stehen: Berufe in der Projektierung und Ausführung vom Bahninfrastrukturbauten haben Zukunft! ■

Ausweichstelle Murpflī – unfaire SBB

Wir haben im letzten Bulletin darüber berichtet: Gemäss Aussage SBB funktioniert die Ausweichstelle Murpflī wegen eines angeblichen Abkreuzungskonfliktes zwischen der S2 und der zukünftigen S24 nicht. Detailliertere Recherchen der Projektinitiatoren haben nun ergeben, dass sich dieser Konflikt elegant lösen liesse – wenn der Wille dazu da ist. Und zu spät realisiert haben wir, dass die SBB den vorgeschlagenen Fahrplan wegen dieses vorgeblichen Hindernisses gar nicht simuliert haben. Unsere Forderung, dies nachzuholen und damit der Vereinbarung vom Juli nachzukommen, wurde vom Chef Division Infrastruktur, Philippe Gauderon, abgelehnt – notabene ohne auf unsere detaillierten Ausführungen bzgl. Abkreuzungskonflikt einzugehen.

Der Schluss drängt sich auf: Die SBB wollen einfach nicht, auch wenn das Murpflī billiger und schneller und vor allem ohne 2-jährige Streckensperrung realisierbar wäre.

Bezüglich Streckensperrung sind die SBB nicht diskussionsbereit. Noch immer behaupten sie, dass der Substanzerhalt und die Doppelstock-Ertüchtigung zwischen Oberwil und Arth-Goldau ohne die Streckensperrung wesentlich länger als zwei Jahre dauern würden. Tatsächlich würden die SBB die vom Bau der neuen 1,7 km langen Doppelspur in Walchwil-Nord erzwungene Streckensperrung einfach nutzen, um in Ruhe zu sanieren. Was z. B. eine SOB im letzten Sommer mit so genannten Intensiv-Baustellen konnte, sollte den SBB nicht schwerfallen (siehe auch nebenstehenden Zeitungsartikel). Mit solchen unglaublichen Behauptungen erweisen sich die SBB einen Bärendienst.

Das letzte Wort hat wohl der Kantonsrat. Oder allenfalls die nationale Öffentlichkeit, wenn die Streckensperrung, welche am Tage der Eröffnung des Gotthardbasistunnels geplant ist, das ihr zustehende mediale Echo erhalten wird.

* Sepp Moser, Warnsignal – Schweizer Bahnnetz in Gefahr, 2011, Reinhardt Verlag, Basel

** Daniel Mange, Bahn-Plan 2050 – mehr Tempo für die Schweiz, Rüegger Verlag, Zürich/Chur



Die 50 Tonnen wiegende Brücke hängt am Haken des Schienenkrans, nun kann der Transport beginnen.

Spektakulärer Brückentransport in Walchwil

50-Tonnen-Brücke wurde in der Nacht von Walchwil ins Gebiet Murpflī transportiert

Die SBB sind permanent daran, ihre Infrastruktur zu sanieren. Kürzlich war die Brücke im Gebiet Murpflī, zwischen Walchwil und Oberwil, im Visier. Dank der hervorragenden Arbeit der Infrastruktur-Gruppe Brückenbau war die neue Brücke am Morgen wieder befahrbar.

|| Von Werner Geiger

Kürzlich hatte die Infrastruktur-Gruppe Brückenbau der SBB, welche in Goldau stationiert und gesamtschweizerisch im Einsatz ist, wieder einen schwierigen Transport zu bewerkstelligen. Von Walchwil musste eine Brücke im Gesamtgewicht von 50 Tonnen ins Gebiet Murpflī (zwischen Walchwil und Oberwil etwa 4,5

km transportiert werden. Wie immer bei solchen spektakulären Transporten ist der Arther Schnauz (Peter) Reichlin an vorderster Front dabei verantwortlich. Im Anschluss an den Abendverkehr wurde die Strecke Zug-Walchwil gesperrt, damit der spektakuläre Transport über die Nacht ablaufen konnte. Der grösste Schienenkran der SBB war dabei im Einsatz. Dieser Kran wiegt selbst schon rund 180 Tonnen und kann bis zu 120 Tonnen transportieren. In dieser Nacht wurde eine 50 Tonnen schwere Brücke in das Baugebiet transportiert. Der Transport, obwohl Zentimeterarbeit, wurde ohne Probleme in dieser Nacht ausgeführt. Am Morgen konnten die Züge die Baustelle wieder fahrplanmässig befahren. Die neue Brücke steht für den kommenden Verkehr wieder zur Verfügung.



Die Verantwortlichen des nächtlichen Transportes: (von links) Luigi Ferrandi, Kranführer, George Ulrich, Peter «Schnauz» Reichlin, Kranchef, Erwin Dittli, Techn. Assistent, Roland Aschwanden, Transportbegleiter SBB mit Ortskenntnissen, und Stefan Kaiser, Polier Brückenbau.

Bilder: Werner Geiger

Artikel in der Rigi Post vom 29.11.2012 – Die SBB beweisen es selber, dass die behaupteten 6 Jahre Bauzeit für den Substanzerhalt auf der Strecke Oberwil–Arth-Goldau nicht ernst zu nehmen sind. Mal eben schnell eine Brücke auswechseln? Kein Problem!

Referendum gegen Angstmacherei

Claude Braun, CEDRI/EBF, und Andreas Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz | Bild Junge Grüne Schweiz

12

Unter Federführung der Jungen Grünen Schweiz hat eine breite Koalition politischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Gruppen das Referendum gegen die erneute Asylgesetzverschärfung ergriffen.

In der Herbstsession hat das schweizerische Parlament mittels eines dringlichen Bundesbeschlusses eine Asylgesetzrevision verabschiedet. Dieser Gesetzestext entstand in einem Klima, das man als regelrechte Hysterie bezeichnen muss. Die rechtsbürgerliche Mehrheit des Parlaments übte sich in Angstmacherei und hetzerischen Schuldzuweisungen an die Flüchtlinge, und fand in den meisten Medien ein breites Echo dafür. Es entstand ein Gesetzeswerk, das unzählige Menschen völlig unnötig in Not bringen wird und das politische Klima der Schweiz vergiftet.

Empörende Gesetzgebung

Dringliche Bundesbeschlüsse sind vorgesehen, um in absolut dringenden Situationen sofort handeln zu können. Die Ergreifung eines Referendums gegen solche Gesetzestexte hat keine aufschiebende Wirkung. Das Gesetz tritt sofort in Kraft. Wenn aber in Bezug auf Migration heute von Dringlichkeit die Rede sein soll, dann betreffend Nordafrika, und nicht die völlig krisenverschonte Schweiz. Diese Verlogenheit ist empörend.

Die schlimmsten Punkte der Gesetzesverschärfung sind die Abschaffung des Botschaftsasyls, die Abschaffung der Desertion als Asylgrund und die Einführung von geschlossenen Lagern für sogenannte «renitente Flüchtlinge». Zudem erhält der Bundesrat die Möglichkeit, die Beschwerdefrist von abgewiesenen AsylbewerberInnen von 30 auf 10 Tage zu verkürzen. Neue Asylunterkünfte können in Zukunft direkt vom Bund bestimmt werden, die Gemeindeautonomie wird dadurch eingeschränkt. Letzterer Punkt tönt im ersten Moment eher positiv, dann

kommt die Frage auf, wie willkommen und aufgenommen sich ein Asylbewerber, eine Asylbewerberin in Bettwil AG fühlen kann.

Abschaffung des Botschaftsasyls

Wenn morgen in einem Land ein Militärputsch stattfinden sollte, müsste die schweizerische Botschaft sofort einen Sicherheitsdienst um das Gebäude aufstellen, um notfalls mit Gewalt Schutzsuchende Menschen vom Zutritt abzuhalten. Damit bleibt den bedrohten Menschen nur die Möglichkeit, die gefährliche Flucht ins Ausland zu wagen. Sie werden geradezu gezwungen, sich an Schlepper zu wenden. Diese kosten viel Geld und sind extrem gefährlich.

Desertion ist kein Asylgrund

Deserteure und Kriegsdienstverweigerer können nach dem neuen Gesetz keinen Anspruch auf Asyl mehr stellen. Mit dieser Veränderung wird der Flüchtlingsbegriff in einem wesentlichen Punkt verwässert. Dabei sind gerade diese Menschen die glaubwürdigsten Kriegsgegner im Fall von bewaffneten Konflikten und sollten unsere bevorzugten Partner sein. Als in den 90er-Jahren in Exjugoslawien der Krieg tobte, setzte sich das EBF europaweit für die Deserteure mit einer Kampagne ein, die u. a. den Zuspriech des Clowns Dimitri erhielt, der den Satz prägte «Deserteure sind Helden».

Die Lagerpolitik

Es sollen neue Sonderzentren für sogenannte «renitente Asylbewerber» entstehen. Dabei ist das Wort «reni-



Junge Grüne demonstrieren gegen die Verschärfung des Asylgesetzes.

ten» gar kein rechtlicher Begriff. In diesen neuen Gefängnissen sollen Menschen unbefristet eingesperrt werden, die gar keine Straftat begangen haben, die aber einem Beamten nicht «passen» und die er deshalb wegsperren will. Vom Mittelalter bis in die 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts kannte man diesen Begriff in der Schweiz im Zusammenhang mit der «Verwahrung». Das neue Asylgesetz führt diese Verwahrung de facto wieder ein und öffnet beamtlicher Willkür Tür und Tor. Die vom Parlament per Dringlichkeit eingeführten Verschärfungen sind nicht tolerierbar und sind als klarer Abstieg unserer hochgelobten humanitären Tradition zu werten. Das Referendum ist Ausdruck eines Widerstandes von der Basis und von jungen Menschen, die mit der aktuellen menschenfeindlichen Politik nicht einverstanden sind. ■

Deserteure sind Helden

Jo Lang, Vize-Präsident Grüne Partei Schweiz

13

Im Moment sammeln, neben der Grünen Partei Schweiz und den Jungen Grünen, verschiedene linke, alternative und humanitäre Organisationen Unterschriften für ein Referendum gegen die neuste Asylgesetzrevision. Einer der wichtigsten Gründe für das Referendum ist die Abschaffung der Wehrdienstverweigerung als Asylgrund.

Vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien, wo die Desertionen die einzige Chance waren, den Despoten ohne Blutvergiessen zu stürzen, ist der Ausschluss der Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund besonders grotesk. Hinter diesem Revisionspunkt steckt vor allem die SVP, insbesondere Christoph Blocher. Am 20. Dezember 2005 hatte die (inzwischen ins Bundesverwaltungsgericht (BVG) überführte) Asylrekurskommission (ARK) ein Grundsatzzurteil veröffentlicht, wonach die Bestrafung von Militärdienstverweigerung und Desertion in Eritrea unverhältnismässig streng und deshalb als politisch motiviert einzustufen sei. Die betroffenen Personen seien deshalb als Flüchtlinge anzuerkennen. Das bedeutete eine Desavouierung Blochers und des Bundesamtes für Migration (BFM). In der Folge setzte die SVP massiv Druck auf, diesen Entscheid über eine Gesetzesänderung auszuhebeln.

Die bundesrätliche Verschärfung ...

Im Mai 2010 schlug der Bundesrat folgenden neuen Absatz 3 zu Artikel 3 des Asylgesetzes vor: «Keine Flüchtlinge sind Personen, die einzig wegen Wehrdienstverweigerung oder Desertion ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden.» Der Ständerat, der am 12. Dezember 2011 als Erstrat die Revision des Asylgesetzes beriet, unterstützte diese Verschärfung mit 24 zu 14 Stimmen. Zur Kommissionsminderheit gehörte der CVP-Fraktionschef Urs Schwaller: «Erstens würde, das geht auch aus einem Schreiben des UNO-Hoch-

kommissariats für Flüchtlinge hervor, der vorgeschlagene Ausschluss von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren von der Flüchtlingseigenschaft eine Abweichung vom Flüchtlingsbegriff der Genfer Flüchtlingskonvention darstellen, und das ist im internationalen Kontext ein Alleingang.» Als zweites zitierte Schwaller Aussagen von Bundesrätin Sommaruga aus der Kommission: «Das ist Politik im Symbolbereich» (weil die eritreischen Deserteure ohnehin nicht zurück geschickt werden können).

... wird durch den Nationalrat zweifach verschärft

Die Sprecherin der Kommissionsmehrheit, Christine Egerszegi-Obrist (FDP), wies dann auf das Wörtchen «einzig» hin und sagte in diesem Zusammenhang, dass Desertion weiterhin ein Asylgrund sei, sofern wegen ihr «eine unmenschliche Behandlung» drohe. Der Nationalrat hat dann die bundesrätliche Bestimmung zusätzlich und massiv verschärft, indem er das Wörtchen «einzig» strich. Andreas Gross (SP), der mit dem bundesrätlichen Vorschlag hätte leben können, führte am 13. Juni 2012 aus, was diese Streichung bedeutet: «Einer, der Wehrdienstverweigerer ist, hätte dann nicht mehr das Recht, um Asyl zu ersuchen, er könnte keinen Flüchtlingsstatus mehr erhalten. Die Bestimmung wäre, wenn Sie das Wort «einzig» streichen, völkerrechtswidrig und würde der Konvention widersprechen.» Der Nationalrat setzte noch eine weitere Verschärfung durch: Die Dringlichkeit der Änderung dieser Bestimmung. Diese ist,

wie auch ein Gutachten des Justizdepartements ergab, eindeutig nicht gegeben. Artikel 165 der Bundesverfassung lässt Dringlichkeit nur zu, wenn diese zwingend gegeben ist. Das trifft hier allein schon wegen dem Umstand nicht zu, dass Deserteure aus Eritrea ohnehin nicht zurückgeschickt werden können, das Gesetz unmittelbar also keine praktischen Folgen hat.

Militaristische Ideologie

Die Verachtung von Desertion ist in den mentalen Tiefenstrukturen der bürgerlich-traditionalistischen Schweiz verankert. Deshalb war die Schweiz das letzte Land, das Militärverweigerern, diesen sogenannten «Staatskrüppeln», einen Zivildienst zugestand. Wegen dieser engen Verknüpfung von Bürgerrecht und Wehrpflicht war das eidgenössische Männervolk auch das letzte, das die Frauen zu Bürgerinnen machte. ■

Danke, Jo!

Barbara Beck-Iselin, Co-Präsidentin Alternative-die Grünen Zug | Bilder Paula Gisler und Martin Stuber

14

Jo Lang hat am 31. Oktober 2012 seine Wohnung an der Dorfstrasse in Zug nach langen Jahren geräumt. Er wohnt von nun an in Bern, mit seiner Frau Andrea, da wo er während der Sessionen des Nationalrats schon heimisch war. Ein grosser Schritt für Josef «Jo» Lang. Für uns Alternative und Grüne, für Zug ist es ein grosser Verlust und uns bleibt nun an dieser Stelle einfach zu DANKEN.

Das Datum des Umzugs, der 31. Oktober, ist ein symbolträchtiger Tag. Jo Lang wurde an diesem Datum vor genau 30 Jahren als 28-jähriger das erste Mal in das Zuger Stadtparlament gewählt. Dieser 31. Oktober 1982 war nicht nur für Jo, sondern auch für das politisch andere Zug ein wichtiges Datum. Damals begann der spektakuläre Aufstieg der Zuger SGA, der späteren Alternativen und Grünen. Diese Entwicklung von Protest und Revolution zur lokalen Teilnahme an der offiziellen Politik fand auch national grosse Beachtung, immer wieder.

Aufmüpfiger Aargauer

Aber nun zurück zu Jo und unser Würdigung. Aus Sicht des heutigen Co-Präsidiiums wollen wir auf seine Zuger Karriere, auf sein Wirken und auf die Erfolge zurückzuschauen. Was Jo für uns alle, für Zug gemacht, bewirkt und erreicht hat, ist unglaublich. Diese Zeilen reichen niemals aus, einen Überblick zu geben und aufzuzeigen, was Jo uns bedeutet. Es ist ein Versuch.

Jo Lang ist 1971 als 17-jähriger, aufmüpfiger Aargauer nach Zug gezogen. Gewohnt hat er im damaligen Jünglingsheim und er hat an der Kantonsschule Zug seine Matura erlangt. Anlässlich der Matura-Feier hat er eine flammende Rede gehalten, die nachhaltig in Erinnerung blieb. Danach war er am Aufbau diverser Organisationen beteiligt und hat Aktionen angeführt. Zusammen mit vielen andern linken und aktiven jungen Menschen hat Jo eine neue Kultur, eine Protestbewegung entfesselt und tüchtig politischen Gegen-



wind produziert. Diese Aktivitäten haben im Kanton Zug, aber auch in Zürich und in der Schweiz Wellen geschlagen. Aus dieser Startphase haben sich sukzessive Parteien und Organisationen entwickelt, immer mit den dazugehörigen Publikationen. Jo hat immer viel geschrieben, seine Ansichten mitgeteilt und viele Leute motiviert und aktiviert. Viele seiner Weggefährten und Kolleginnen haben andere Wege eingeschlagen. Jo aber ist der Stadt Zug und dem Kanton während seines Studiums und bis heute treu geblieben. Für sein politisches Engagement war er bereit, einen hohen Preis zu zahlen: Im Kanton Zug und an der Uni Zürich hat er ein Berufsverbot als Lehrer bekommen. Erst 1996 hat sich die damalige Zuger Regierung offiziell dafür entschuldigt.

Die erste Wahl

Am 31. Oktober 1982 wurde er dann ins Zuger Stadtparlament gewählt, eine kleine Revolution!! Bis 1994 hat er im Grossen Gemeinderat gewirkt und unzählige Vorstösse eingereicht und Diskussionen ausgelöst. Seine Reden waren berühmt und berüchtigt: Brillant formuliert und oft mit einer humorvollen Pointe. Jo hat die heissen, sozialen und pazifistischen Reden auch mit seinem historischen Wissen fundiert. Was er nicht wusste, hat er recherchiert, stundenlang, tagelang... Er hat uns alle auch oft gefordert, überfordert. Weitere politische Erfolge folgten. Er wurde 1995 Kantonsrat und hat in dieser Funktion gewirkt bis zu seiner Wahl in den Nationalrat.

Zug in der Welt

Jo Lang war sich der Brisanz des Zuger Steuerparadieses und des Rohstoffhandelsplatzes von Beginn seines politischen Engagements weg bewusst. Die ethische Problematik der Ausbeutung der Dritten Welt aber auch die Verflechtung von Wirtschaft und Politik sowie die sozialen und ökologischen Kosten der Steuerrumpelpolitik werden auch dank Jo Lang heute breiter diskutiert. Diese Problematik wurde zu seinem zugerischen Hauptthema, das er mit viel Akribie und Herzblut verfolgte. Jo Lang hat für politische Stimmungen und Regungen ein besonderes Gespür. Davon konnten wir Alternative Grüne immer wieder profitieren.

König der Unterschriften

In vielen politischen Gremien war er aktiv, hat unzählige Vorstösse eingereicht, Reden gehalten oder Artikel veröffentlicht. Viele Aktionen, Kundgebungen und öffentliche Vorträge sind auf seine Initiative und sein Engagement zurückzuführen. Vieles wäre anders in Zug, wenn Jo Lang nicht seine Stimme erhoben und seine Finger auf wunde Punkte gelegt hätte. Oft hat er uns gestubst, gestos-

sen, gedrängt und verknürrt. Und vor allem hat er auf der Strasse x-tausend Unterschriften gesammelt und war so auch als Nationalrat im ständigen, engen Kontakt mit der Bevölkerung. Auch heute noch ist der Platz vor der UBS beim Metalli bei vielen als «Jo Lang-Platz» bekannt. Erst kürzlich hat ihn Adèle Thorens Goumaz, Co-Präsidentin der Schweizer Grünen, zum «roi des signatures» gekürt, was für uns Zugerinnen und Zuger natürlich keine Überraschung war. In Zug hat und hatte er den Ruf eines hervorragenden Unterschriftensammlers.

Ab nach Bern – als Nationalrat

Einer der vielen Höhepunkte war sicherlich 2003 die Wahl von Josef Lang in den Nationalrat, dies in einem Kanton mit bloss drei Nationalratssitzen. Ihm gelang vier Jahre später als erster Vertreter der Zuger Linken die Wiederwahl in ein nationales Amt. Darauf darf Jo wie auch wir Alternative und Grüne im Kanton Zug zu Recht stolz sein. Nun öffnete sich das Wirkungsfeld enorm und all die Zuger Themen waren ja auch nationale, nein internationale Themen. Aber Jo hat es geschafft, auch hier im Zugerland immer wieder präsent zu sein, das Lokale mit dem Globalen zu verknüpfen. Auch zum Thema Militär konnte er nun im Nationalrat aus anderer Position mitreden, etwa zu Kampjets und Militärausgaben.

Den Faden weiterspinnen

Unser aller Bedauern über Jo Langs Wegzug ist gross, wenn wir seine Gründe auch gut verstehen. Gelindert wird sie durch unser Wissen, dass die Partei politisch und organisatorisch gut dasteht. Unsere aktive und starke Jungpartei freut Jo und uns. Ihn, der immer auch für die Anliegen der Jugend ein offenes Ohr hatte. «Wer den Faden zu den Jungen verliert, verliert die Zukunft», konnten wir von seiner Seite oftmals hören.

Im Namen aller Mitglieder der Alternative – die Grünen Zug danken wir Jo für sein riesengrosses, 41-jähriges Engagement zugunsten eines sozialen, ökologischen und weltoffenen Kantons, in dem das Menschliche über dem Monetären steht. Wir wünschen ihm privat und politisch alles Gute in der Bundeshauptstadt. Und wir sind sicher, wir bleiben in Kontakt, wir hören weiter von Jo und profitieren von seinem Engage-

ment, von seinem politischen Feuer für die Menschen, für die Welt und die Gerechtigkeit. ■

Am Mittwoch, 9. Januar 2013, wollen wir nochmals mit Jo Lang feiern. Die Alternative – die Grünen Zug organisiert ein öffentliches Fest für Jo Lang im Siehbachsaal in Zug.



Herz der Finsternis

Jo Lang, Vize-Präsident Grüne Partei Schweiz | Bild Jo Lang

16

Am 17. November erhielt die Glencore in Berlin den Black Planet Award. Jo Lang hielt die Schmähere. Wir bringen einen Auszug daraus.

«Dem Innern des Landes seine Schätze zu entreissen, das ist ihr einziges Verlangen, mit keinem anderen moralischen Anspruch dahinter als dem von Räubern beim Aufbrechen eines Geldschanks.» Dieser Satz stammt aus einem vor 110 Jahren erschienenen Roman des polnisch-englischen Schriftstellers Joseph Conrad. Dessen Titel lautet: «Herz der Finsternis». Seine beiden wichtigsten Handlungsorte sind die Metropole Brüssel, dem Haupt- und Steuersitz der «Société Anonyme pour le Commerce du Haut-Congo» sowie die Kolonie auf dem Kongo-Fluss und im Dschungel.

«Schurkenpatrons»

Der Kongo gehört zu den Kerngeschäften der Glencore. Die zweite Hälfte des Namens bedeutet Kern und Herz. Das altenglische Core entstammt dem altfranzösischen Coeur. Glencore lässt sich also auch übersetzen als «Herz» des globalen Rohstoffhandels. Als die Forscherinnen und Forscher der beiden Schweizer Hilfswerke Brot für alle und Fastenopfer vor einem Jahr auf die kongolesische Tagbaustätte Tilwezembe stiessen, muss es ihnen ähnlich ergangen sein, wie Marlow, der Erzählfigur im «Herz der Finsternis»: Es «war mir, als hätte ich den düsteren Kreis eines Infernos betreten.»

Gemäss einer Studie der Deutschen Bank vom Juni 2011 liegt die Hauptspezialität von Glencore darin, gegebenenfalls blitzartig zuzuschlagen – auch in Regionen «in denen andere Bergbaugesellschaften nicht operieren möchten.» Es sei «dieser opportunistische Ansatz», der «den Grossteil von Glencores Werk kreiert hat». Die Deutsche Bank schätzt, dass wertmässig rund 70 Prozent der Glencore-Produktionsstätten in

äusserst korrupten und/oder hoch konfliktiven Ländern wie Kongo, Kolumbien (Kohle), Kasachstan (Zink) oder Äquatorialguinea (neue Erdölfelder) liegen. Die im Bergbau stark engagierte Royal Bank of Canada sagte mal über den Zuger Konzern: «In Zonen wie im Kongo, die andere ungemütlich finden, da richtet sich die Glencore gemütlich ein.»

Allerdings können solche Standorte auch für Glencore ungemütliche Folgen haben. So haben US-Pensionskassen ihre Glencore-Obligationen abgestossen, als bekannt wurde, dass sich der Multi auch im «Schurkenstaat» Sudan gemütlich machte. Ein Grund, dass «Schurkenstaaten» auf die Glencore keine abschreckende Wirkung haben, mag darin liegen, dass sie vor zehn Jahren ausgerechnet vom erzbürgerlichen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac als «Schurkenpatron» geschmäht wurde. Wenden wir uns also den heutigen Patrons der Glencore zu, die auch ich zu schmähen habe. Allerdings will ich mich etwas zurückhaltender ausdrücken, als dies der französische Staatspräsident getan hat. Dies hat auch damit zu tun, dass ich – im Unterschied zu Monsieur Chirac – das Grundproblem im Wirtschaftssystem sehe.

Glassenberg, Murray, Hayward

Der 1958 in Johannesburg geborene und aufgewachsene **Ivan Glassenberg** wurde noch zu Apartheidzeiten von seinem Entdecker und Förderer Marc Rich für den Kohlenhandel eingestellt. Seine Aufgabe war es, für südafrikanische Kohle auswärtige Käufer zu finden, was angesichts des UNO-Embargos keine leichte Aufgabe war. Glassenberg erfüllte sie für Marc Rich und das

Rassisten-Regime zur vollsten Zufriedenheit.

Auf Wikipedia ist über Glassenberg folgende nominell falsche, aber inhaltlich korrekte Aussage zu finden: «Seit 1984 ist er für das Unternehmen Glencore tätig, dessen Chief Executive Officer (CEO) er seit 2002 ist.» Glencore heisst der Konzern erst seit 1994, aber er steht in Kontinuität zur alten noch skandalträchtigeren Marc Rich. Es gibt wenige Namenswechsel, neudeutsch: Rebranding, in der Wirtschaftsgeschichte, die derart medienwirksam und erfolgreich waren. Die Marc Rich gehörte neben den Schweizer Grossbanken zu den wichtigsten Boykottbrechern zugunsten des Apartheid-Regimes. Sie haben dem Unrechtsstaat damit das Leben verlängert. Glassenbergs heutige Handlungen und Aussagen lassen sich besser verstehen, wenn man weiss, unter welchen Umständen er als Trader «sozialisiert» worden ist.

Kommen wir zu **Simon Murray**, dem schillernden Präsidenten des Verwaltungsrates! Der 72-jährige Brite hatte als Fremdenlegionär in den frühen 60er Jahren für das französische Kolonialregime gegen die algerische Befreiungsbewegung gekämpft. Ideologisch hat sich Murray seither nicht stark geändert. In seinem ersten Interview als Glencore-Präsident wetterte er im «Sunday Telegraph» gegen Afrikaner, welche sich «auf betrügerische Art und Weise» Asyl erschleichen und «die wir dann nicht mehr loswerden». Das sagt ein ehemaliger Kolonialkrieger, der auf afrikanischem Boden gegen Afrikaner gekämpft hat und der sich heute bereichert an afrikanischen Rohstoffen, die von schlecht bezahlten Afrikanern aus dem afrikanischen Boden geholt werden.



An der gleichen Veranstaltung der Stiftung ethecon erhielt Jean Ziegler den Blue Planet Award. Hier hören Jean und Jo der Lobrede auf Ziegler zu.

Zu **Tony Hayward** kann ich mich kurz fassen, weil er bereits vor zwei Jahren den Black Planet Award gewonnen hat und weil gestern seine unrühmliche Rolle während und nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko in Erinnerung gerufen worden ist. Spiegel Online hat damals über den BP-Chef geschrieben: «Von der Lichtgestalt zum Gesicht der Schwarzen Pest». Exakt ein Jahr nach der Katastrophe gab die Glencore bekannt, dass sie Hayward in ihren Verwaltungsrat berufen hat. In diesem gehört er dem dreiköpfigen Komitee für «Umwelt, Gesundheit und Sicherheit» an. Wer den Bock zum Gärtner macht, dem liegt nicht viel am Garten.

Sambia hilft Zug

Im Mai 2010, einen Monat nach der BP-Katastrophe, bekam Ivan Glasenberg einen Brief des Branchenkollegen Anthony Lipmann. In diesem berichtet der ehemalige Kobalt-Grosshändler von einem Besuch in der sambischen Mopani-Mine, die zu drei Vierteln Glencore gehört. Nachdem Lipmann vorgerechnet hat, dass in der grössten Kupferhütte Afrikas die Schwefelemissionen 30- bis 70-mal über dem gültigen Grenzwert lägen, schildert er die Folgen: «Ausgebleichte Erde, kümmerliche Ernten, Korrosion durch sauren Regen auf den Dächern, Farbanstrichen und Lungen.» Wie eine vom Schweizer Fernsehen im Herbst

2012 ausgestrahlte Reportage zeigt, leiden vor allem die Kleinkinder unheimlich unter den Abgasen. Obwohl Mopani – auch dank den hohen Kupferpreisen – höchst rentabel ist, macht sie keine Reingewinne. Die sambische Tochterfirma verkauft den Rohstoff zu unteretzten Preisen an die Mutterfirma im Kanton Zug, die jene zu Marktpreisen weiter verkauft. Die sambische Glencore hat der zugerischen Glencore allein von 2003 bis 2007 700 Millionen Dollars geschenkt. Man schätzt, dass Sambia jährlich wegen solcher Methoden 22 Prozent Steuerverluste erleidet. Wie vielen Afrikanerinnen und Afrikanern, insbesondere Kindern, hat diese Entwicklungshilfe Sambias für Zug und die Schweiz das Leben gekostet? Einer der Schlüsselsätze in Conrads «Herz der Finsternis» lautet: «Das (...) war das Schlimmste dabei – dieser Verdacht, dass es auch Menschen waren.» Das ist das Schlimmste dabei – dieser Verdacht, dass es auch um Menschenleben geht!

Als Marlow aufbricht ins «Herz der Finsternis» meint er, die Finsternis sei das Andere, das Fremde. Als er aus Afrika zurückkehrt, weiss er, die Finsternis ist das Ganze, sie gehört zum System. Und ihr Herz ist hier, in der eigenen Welt. Glencore gehört zum Herz der heutigen Finsternis, die Jean Ziegler in seinen Büchern so eindrücklich beschrieben hat. Deshalb verdient es der Zuger Konzern, mit dem Black Planet Award, dem Preis des finsternen Planeten, geschmäht zu werden. ■

Anmerkung:

Die ungekürzte Rede findet sich auf www.alternative-zug.ch

Harte Zeiten für Luftschlossbauer

Franz Stoller, freier Journalist Zug | Illustration Internet

18

Die Luft wird dünner für Geldjongleure und Betrüger. Die kritische Berichterstattung des BULLETINS wird in gewissen Kreisen immer stärker wahrgenommen. Selbst auflagenstarke Printmedien wie Tages-Anzeiger, Beobachter, Blick und die Handelszeitung widmen sich den Wirtschaftskriminalfällen, über die bereits im BULLETIN berichtet wurden.

Lothar Michael Berresheim, der Mastermind des NicStic-Projektes, wurde im Juni 2012 überraschend verhaftet und sitzt seither in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart ein. Ein Gläubiger verlangte nämlich via Staatsanwaltschaft Zug die Beschlagnahme eines Luxusfahrzeugs des Typs Mercedes 500 SL, das Herr Berresheim sich offenbar angeeignet hatte.

Verhängnisvoller Mercedes

Der Mercedes gehörte eigentlich in die Konkursmasse der Tacitus Medien AG, Zug. Eine der zahllosen Firmen, bei denen Herr B. die treibende Kraft war. Die Staatsanwaltschaft Zug beauftragte daher ihre Berufskollegen in Stuttgart, das Fahrzeug einzuziehen, weil diese bereits seit längerem für das NicStic Verfahren in Deutschland zuständig sind. Im Internet hält sich hartnäckig das Gerücht, dass bei der Verhaftung von Herrn B. sowie der Sicherstellung und Durchsuchung des Fahrzeugs durch die Polizei angeblich ein gefälschter Reisepass gefunden worden sein soll. Der Haftrichter habe eine Kautions von 150'000 Euro für eine mögliche Freilassung verlangt. Die Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Stuttgart, Frau Claudia Krauth, bestätigte gegenüber dem BULLETIN lediglich, dass sich zwei Hauptverdächtige im Fall der rauchlosen Zigarette in Haft befänden. Gesichert ist, dass Berresheim unter dem Namen Karl Burghart in diversen Internetforen und auf anonymen, von ihm betriebenen Web-

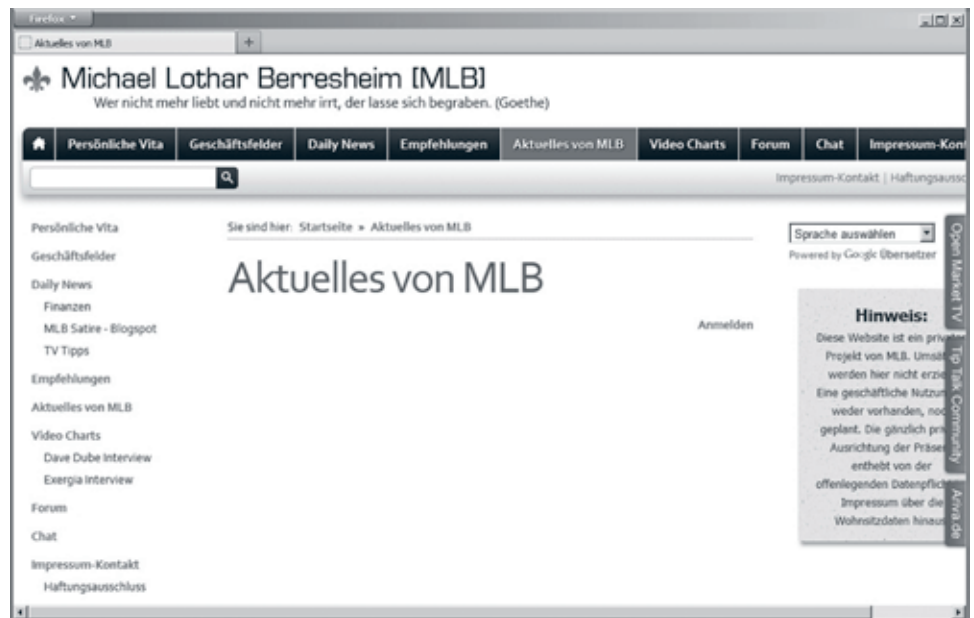
sites seine zahlreichen Kritiker und Gegner mit Schmähungen übelster Sorte eindeckte. Seit Berresheims Inhaftierung hat dies schlagartig aufgehört.

Piroth ebenfalls verhaftet

Im Zuge dieser Ermittlungen wurde wenige Wochen später auch der ehemalige Weggefährte von «Millionen Lothar» angeblich von einer Sonder Einsatztruppe der Polizei verhaftet: Heinz Piroth, geborener Knöpfel, alias Hensley-Piroth, der Mann mit

führt habe. «Für den Meister im Abgreifen von Geldern naiver Spekulanten» (Selbstzitat Piroth) und weltweit drittgrössten Gauner, wie ihn die Bildzeitung schon vor Jahren betitelte, geht wohl ein «Höhenflug» mit einer Deliktsumme von über 1 Mia. Euro dem Ende zu.

Auch das renommierte Forbes Magazin befasste sich mit Piroth und widmete ihm und seiner Zunft in den 90er Jahren gleich eine ganze Serie. Geht es nach dem Willen der Staatsanwaltschaft, wird er wohl einen Teil seines Lebensabends in einer engen Gefängniszelle verbringen. Die deutsche Justiz kennt kein Pardon gegenüber Steuerbetrüger und Wirtschaftskriminellen – vor allem, wenn es sich um notorische Wiederholungstäter handelt.



«Millionen Lothar» Michael Berresheims.

vielen Namen und langer krimineller Karriere. Dabei soll es beim für seinen ausschweifenden Lebensstil bekannten und inzwischen an Diabetes leidenden Pokerspieler Piroth zu gesundheitlichen Problemen gekommen sein, weshalb man ihn nach Aspen in eine Gefängnis-Klinik über-

Max Entertainment – Verfahren geht weiter

Positive Signale kommen auch aus dem Lager der Max Entertainment-Geschädigten. Das mit Spannung erwartete Urteil des Zuger Obergerichts unter Vorsitz von Richter Felix Ulrich wurde den Parteien zuge-

stellt. Das Verdikt ist eindeutig: In wesentlichen Punkten stellt sich das Gericht hinter die Ausführungen der Beschwerdeführer und weist die Zuger Staatsanwaltschaft unmissverständlich an, die Strafuntersuchung gegen Jürgen Käfer und Daniel Kilian und weiteren Verdächtigen wieder an die Hand zu nehmen.

Konkret: Wo sind die zahlreichen Millionen der Investoren? Für den Mentaltrainer und «wir sind eine Familie» Promoter Käfer beginnt nun wieder eine bange Zeit. Nebst der Staatsanwaltschaft Zug (Max Entertainment) ermitteln auch die Schwyzer Untersuchungsbehörden gegen ihn (Cendoo-Pleite, Bombenanschlag Pfäffikon). Die Abteilung für Wirtschaftsdelikte des Kantons Schwyz unter der Leitung von Roland Meier geniesst einen hervorragenden Ruf und ist für ihre effiziente Arbeitsweise bekannt. Sie wird womöglich den Cendoo-Fall schneller vor Gericht bringen, als es unserem mehrfach gescheiterten «Unternehmer» lieb sein kann.

Fall ASE mit prominentem Opfer

Der Direktor der Basler Kantonalbank (BKB) hat eine Mitverantwortung im Fall der inzwischen konkursiten Vermögensverwaltungsfirma ASE des noch immer inhaftierten Martin Schlegel eingeräumt und seinen Chfessessel mit sofortiger Wirkung zur Verfügung gestellt (vgl. BULLETIN 2/2012 «Der Multimillionenfall»). Die BKB ist die erste Kantonalbank, die seit 1997 ausserhalb ihres Kantonsgebietes eine Filiale an der Finanzmeile Zürichs unterhält. Bekannt war die BKB auch durch ihre sehr hohe Risikobereitschaft sowie ihre Bemühungen, den arrivierten Platzhirschen UBS und CS Kunden abspenstig zu machen. Einmal mehr hat sich ein altes Sprichwort bewahrt: «Schuster bleib bei deinen Leisten».

Zurzeit arbeitet die Staatsanwaltschaft Aargau intensiv am ASE-Fall und fördert immer mehr brisantes Material zutage. Die dort gewonnen Erkenntnisse decken sich in vielen Teilen mit den Recherchen des BULLETINS zum Fall Max/Cyclon. Den schwarzen Peter alleine der BKB zuzuschieben wäre falsch. Die damaligen Verantwortlichen der EBK/FINMA gehörten eigentlich ebenso auf die Anklagebank. Bereits im Sommer 2007 wies die mit der EBK-Untersuchung gegen Max Entertainment beauftragte Firma Remassa auf die ASE und Martin Schlegel hin. Wie so oft glänzte die «Überbehörde» aus Bern mit Untätigkeit und verpasste es, eine Untersuchung wegen unerlaubtem Effektenhandel gegen ASE zu eröffnen. Diese besass nämlich nur eine Lizenz für Devisenhandel. Durch ein beherzteres Eingreifen der «Investorenwächter» wäre die Deliktsumme weitaus kleiner ausgefallen und weniger Kunden zu Schaden gekommen.

Ungemach für SVP Politiker

Mehr als nur Imageprobleme plagen derzeit den Zuger SVP-Politiker Manuel Brandenburg. Als Verwaltungsräte der ehemaligen Zuger Firma «Rothsinvest Asset Management» befinden sich er und sein Vater Ernst in einer nicht gerade beneidenswerten Lage. Laut italienischen Medien soll der in München geschnappte britisch-italienische Doppelbürger und Geschäftsführer der Rothsinvest, Robert da Ponte, mit Hilfe von mehreren, bereits vor ihm verhafteten mutmasslichen Mafia-Mitgliedern im Raum Florenz bis Frühling 2012 ein ausgeklügeltes «Madoff-System» betrieben haben.

Die Anlagegelder in der Höhe von ca. 250 Mio. Euro sollen durch undurchsichtige Transaktionen in Montenegro «versickert» sein. Montenegro ist bekannt geworden durch Zigarettenschmuggel sowie

als bevorzugtes Reiseziel der Russischen Mafia. Zudem seien die italienischen Ermittler durch eine gezielte Telefonüberwachung auf eine weitere Firma Da Pontes aufmerksam geworden, die ihren Sitz ebenfalls bei der Kanzlei Brandenburg hat. Diese wird von den spanischen Behörden verdächtigt, mit indirekten Geschäftskontakten zu nigerianischen Piraten versucht zu haben, Treibstoff zu verkaufen, der aus gekaperten Tankern stammt.

Inzwischen hat auch die Bundesanwaltschaft ein Verfahren eröffnet. Die Untersuchung wird zeigen, ob der SVP-Hardliner M. Brandenburg all seinen Pflichten als Verwaltungsrat nachgekommen ist. Wie üblich gilt für alle genannten Personen die Unschuldsvermutung.

Mehr Schutz vor Finanzbetrügnern

Dem freien Markt an der Börse Frankfurt, wo zahlreiche nicht werthaltige Pennystock Aktien aus England, USA und der Schweiz (mehrheitlich Zug) gehandelt werden, stehen per Ende Jahr einschneidende Änderungen bevor. Man will mit strengeren Vorschriften den Finanzhaien den Weg zur Börsenkotierung erschweren und Betrugereien mit solchen Rappenaktien eindämmen. Wohl gegen 130 Schwindelpapiere werden vom freien Markt in Frankfurt ausgeschlossen. Eine Entwicklung, die einer Anwaltskanzlei im Zürcher Seefeldquartier, einem deutschen Kaufmann aus Luzern sowie einem adeligen Juristen aus Berlin gar nicht gefallen wird. Gelten sie doch als die ungekrönten Könige wertloser Börsenfirmer. Zusätzlich sind in der Schweiz Bestrebungen im Gang, welche die Arglist aus dem Strafgesetzbuch verbannen wollen. Wenn die Nachweispflicht von Arglist entfällt, wird in Zukunft in vielen Fällen eine Verurteilung von Anlagebetrügnern endlich ermöglicht. ■

Die neue Behörde ist bereit

Redaktion BULLETIN | Bild Paula Gisler

20

Auf den 1. Januar 2013 tritt das neue eidgenössische Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Es löst das alte Vormundschaftsrecht aus dem Jahr 1912 ab. Mit der Revision setzt der Bund auf höhere Eigenverantwortlichkeit und Professionalität in einem hochsensiblen Rechtsbereich. Aufgrund der neuen Gesetzgebung müssen die bisherigen Strukturen und die Verfahren den neuen Erfordernissen angepasst werden. Im Kanton Zug löst die neue unabhängige Fachbehörde KESB die Gemeinde- und Bürgerräte sowie den Stadtrat als Vormundschaftsbehörden ab. Statt bisher 22 Gemeindebehörden gibt es ab dem neuen Jahr eine einzige kantonale Instanz. Dieses Interview wurde am 26. Oktober 2012 durch Natalie Chiodi mit der Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug, Manuela Weichelt-Picard geführt.

BULLETIN: Du hast ein neues Amt? **Manuela Weichelt-Picard:** Ja, in der kantonalen Verwaltung gibt es das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz. Es ist organisatorisch der Direktion des Innern angegliedert und besteht aus der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), den unterstützenden Diensten und dem Revisorat/Kanzlei. Auch das kantonale Mandatszentrum ist dem Amt angegliedert. Ab 1. Januar 2013 ist die KESB für alle erstinstanzlichen Entscheide im Kindes- und Erwachsenenschutz zuständig. Die zentrale Fachbehörde wird als fachlich unabhängiges Amt ausgestaltet und ist der Direktion des Innern rein administrativ unterstellt.

BULLETIN: Mit der Revision des Vormundschaftsrechts wurde 1992 begonnen, ab 1. Januar 2013 ist sie wirksam. Warum dauerte das so lange?

Manuela Weichelt-Picard: Eine Teilrevision des Zivilgesetzbuches ist immer ein langwieriger Prozess. Zusätzlich mussten auch die Kantone ihre Gesetze und ihre Strukturen anpassen. Die Direktion des Innern hatte bereits 2009 mit den Gesetzgebungsarbeiten begonnen. Im April 2011 wurde der Bericht zur neuen Behörde durch den Regierungsrat verabschiedet. CVP, FDP und SVP konnten in der Vernehmlassung der regierungsrätlichen Vorlage nur wenig Gutes abgewinnen.

Die Einwohner- und Bürgergemeinden, Fachstellen, die SP und die Alternativen-die Grünen waren dafür. Es bedurfte viel Lobby- und Überzeugungsarbeit, um die bürgerlichen Kantonsrätinnen und -räte zu überzeugen, diese Vorlage anzunehmen.

BULLETIN: Du hattest also einerseits die Vorgabe des Bundes und andererseits die anfängliche Opposition im Kanton?

Manuela Weichelt-Picard: Ja, ich will mir nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn im Januar der Kantonsrat die Vorlage abgelehnt hätte. Denn mit dem In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes auf den 1. Januar 2013 muss die neue Fachbehörde einsatzbereit sein. Das Bundesrecht sieht keine Übergangsfristen für die Behördenorganisation vor. Der Kantonsrat hatte am 26. Januar 2012 in zweiter Lesung die gesetzlichen Änderungen beschlossen. Parallel zum Gesetzesprozess hatten wir bereits 2011 mit der Planung des Aufbaus begonnen. Seit dem Entscheid des Kantonsrates im Januar 2012 mussten wir Mitglieder der Fachbehörde auswählen, das Personal rekrutieren und anstellen. Zum Teil haben wir Vorstellungsgespräche an Wochenenden geführt.

BULLETIN: Das klingt nach Druck?

Manuela Weichelt-Picard: Die zeitlichen Rahmenbedingungen waren und sind eine enorme Herausforderung,

das gilt nach wie vor. Nachdem die kantonale Gesetzgebung abgeschlossen war, konnte die Direktion des Innern mit den konkreten Aufbauarbeiten des Amtes beginnen – dies unter hohem Zeitdruck. Dank enormem Einsatz aller Akteurinnen und Akteuren, der Direktion des Innern und namentlich meiner Co-Generalsekretärin sowie der Gemeinden ist der Aufbau des neuen Amtes auf Kurs. Viele Ressourcen waren notwendig: von der Frage der Räumlichkeiten und der IT-Infrastruktur bis zur Rekrutierung und Anstellung des Personals. Ich war sehr erleichtert, als der Regierungsrat am 8. Mai 2012 die Präsidentin der Behörde und Amtsleiterin bestimmt hatte. Es war wesentlich, diese Stelle früh zu besetzen, damit sie bezüglich der weiteren Mitarbeitenden mitbestimmen konnte.

BULLETIN: Was war dir wichtig beim Aufbau?

Manuela Weichelt-Picard: Politisch war es für mich unabdingbar, dass die Umsetzung der Gesetzesänderung und der Aufbau des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutzes direkt von einer Gruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Gemeinden begleitet wurde. Die Mitglieder der Begleitgruppe haben denn auch einen grossen Beitrag dazu geleistet, dass der Dialog zwischen der Direktion des Innern von und zu den verschiedenen Gemeinden gut lief.

BULLETIN: Wie viele Mitarbeitende hat das neue Amt?

Manuela Weichelt-Picard: Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz startet dieses Jahr mit 32 Personen (26 Vollzeitstellen). Die Besetzung der Stellen war zeitintensiv. Die richtige Auswahl der Mitarbeitenden zentral. Denn das wichtigste Potential sind die Mitarbeitenden und die Mitglieder der interdisziplinären Fachbehörde.



Das wichtigste Potential einer Behörde sind die Mitarbeitenden und die Mitglieder der interdisziplinären Fachbehörde.

BULLETIN: Weshalb interdisziplinäre Fachbehörde?

Manuela Weichelt-Picard: Zur Erhöhung der Professionalität verlangt das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, dass die Fachbehörde interdisziplinär zusammengesetzt ist. Dies ist für mich ein zentraler Punkt. Wir haben uns deshalb für eine Zusammensetzung aus Mitgliedern der Fachbereiche Recht, Sozialarbeit, Psychologie, Pädagogik und Psychiatrie entschieden. Wichtiger Erfolgsfaktor ist, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit gelingt. Es ist aussergewöhnlich, dass eine erstinstanzliche rechtsprechende Behörde nicht ausschliesslich aus Juristinnen und Juristen besteht.

BULLETIN: Wie ist das neue Amt organisiert?

Manuela Weichelt-Picard: Der neuen Behörde gehören noch die unterstützenden Dienste und die Kanzlei, bzw. das Revisorat an. Sie alle unterstützen die Behörde, indem sie Abklärungen vornehmen und Entscheide für die Behörde vorbereiten, Auskünfte erteilen, Berichte und die Rechnungsablage kontrollieren etc. Zusätzlich gibt es auch ein Mandatszentrum.

BULLETIN: Das Amt hat ein Mandatszentrum? Was ist das?

Manuela Weichelt-Picard: Im Mandatszentrum arbeiten Berufsbeistände und -beiständinnen und Sachbearbeiterinnen. Sie – wie auch die privaten Mandatsführenden und die Angestellten von Fachstellen – erhalten von der KESB einen genauen Auftrag, in welchen Bereichen sie die schutzbedürftige Person beglei-

ten und betreuen. Im Gegensatz zu bisher gibt es nur noch massgeschneiderte, dem Einzelfall angepasste Beistandschaften. Die Betroffenen sollen ihre Selbstständigkeit und Handlungsfähigkeit möglichst beibehalten. Wo nötig sollen sie aber geeignete Unterstützung erhalten. Herausfordernde Kindermantate werden weiterhin vor allem von «punkto Jugend und Kind» betreut. Mandate für Personen im AHV-Alter meist durch die Pro Senectute. Durch den Einsatz von Privaten können Menschen, die zusätzliche Unterstützung benötigen, häufig persönlich intensiv betreut werden. Wir sind glücklich, dass weiterhin ca. 400 Mandate von Privatpersonen geführt werden. Laut ZGB kann übrigens jede Person verpflichtet werden, ein Mandat zu übernehmen.

BULLETIN: Was unterscheidet private Mandatsführende von Berufsbeiständen?

Manuela Weichelt-Picard: Private Mandatsführende werden vor allem bei älteren Personen mit einer Erwachsenenschutzmassnahme sowie geistig, körperlich und leicht psychisch behinderten Erwachsenen jeglichen Alters im stationären sowie im ambulanten Bereich eingesetzt. Durch den Einsatz von Freiwilligen können Menschen, die zusätzliche Unterstützung benötigen, persönlich intensiv betreut werden. Die Berufsbeiständinnen und -beistände werden bei komplexen Sachverhalten, bei Personen mit einer Suchterkrankung und/oder einer schweren psychischen Erkrankung, mit einem schwierigen familiären Umfeld oder bei Personen, die einen grossen Widerstand gegen eine Betreuung haben, eingesetzt.

BULLETIN: Vielen herzlichen Dank für das Interview. Das BULLETIN wünscht einen reibungslosen Start der neuen Behörde und des neuen Amtes. ■

Eine Lektion in Sachen Demokratie

Anna Lustenberger-Seitz, Präsidentin Alternative – die Grünen Baar | Bild BULLETIN

22

Nebelschwaden hüllen die stille Landschaft rund um den Milchsuppenstein ein. Stiller dürfte es nun auch um das Projekt Golfplatz werden. Die Golf-Lobbyisten haben gleich zweimal verloren: Die Stimmenden des Knonaer- amts lehnen die Änderung des Teilrichtplanes wuchtig ab. Und: der Zuger Regierungsrat heisst eine Beschwerde der Baarer Golfplatz-Gegner in wesentlichen Punkt gut.



So schön wird es bleiben.

70,5 Prozent Nein: Die Ohrfeige für SVP-Sponsor Adrian Risi könnte nicht schallender sein. Damit ist der geplante Golfplatz Zugersee bereits im ersten Loch versenkt worden. Die Menschen wollen wertvolles Landwirtschaftsland erhalten und Sorge tragen zum Erbe der Väter. Was Adrian Risi als «Gewinn für alle» verkaufen wollte, haben die Ämtler als «unwiderbringlichen Verlust» entlarvt. Der Kampf ist noch nicht vorbei, denn die Golfplatz-Promotoren denken laut über eine reduzierte 9-Loch-Anlage auf Baarer Boden nach. Das ist ihr gutes Recht. Kein Verständnis habe ich aber für unseren Gemeindepräsidenten, der nach dem wuchtigen Nein von einer offenen Türe für die Golfplatz-Lobby spricht. Ist das die Revanche für die Niederlage, welche der Gemeinderat beim Regierungsrat erlitt?

Faire Abstimmungsbroschüre

Am 31. März 2012 fasste die Alternative – die Grünen Baar einstimmig die

Nein-Parole zum Golfplatz Zugersee; dies im Hinblick auf die geplante Urnenabstimmung vom 17. Juni. Am 5. April lehnte der Gemeinderat den Wunsch der Alternative – die Grünen ab, in der Abstimmungsbroschüre den gegnerischen Standpunkt darlegen zu können. Für die Alternative – die Grünen Baar sowie die IG NoGolf blieb nur noch die Beschwerde. Der Regierungsrat kommt zu folgenden Schlüssen: Ein Abstimmungsergebnis muss den freien Willen der Stimmberechtigten zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck bringen. Dies ist nur gewährleistet, wenn die Behörden im Vorfeld einer Abstimmung korrekt und zurückhaltend informieren. Eine einseitige Information, ohne Berücksichtigung der Gegnerschaft, erfüllt diese Anforderungen der Abstimmungsfreiheit gemäss Bundesverfassung nicht. Laut dem Gesetz über Wahlen und Abstimmungen ist den Abstimmungsunterlagen eine sachliche Erläuterung beizulegen, die auch die Auffassung

wesentlicher Minderheiten zum Ausdruck bringt. Dieser Grundsatz gilt auch für gemeindliche Abstimmungen, unabhängig davon, ob eine Abstimmung vom Gemeinderat selber angeordnet wurde. Es wäre ja ein demokratischer Schildbürgerstreich erster Güte, wenn der Gemeinderat durch die einseitige Anordnung einer Urnenabstimmung andere Meinungen ausschalten könnte.

Abenteuerliche Argumente

Der Gemeinderat Baar argumentierte, eine wesentliche Minderheit sei nur vorhanden, wenn sie sich vorher im Gemeinderat oder einer Kommission zu Wort gemeldet hätte. Und noch abenteuerlicher – die Gegnerschaft hätte sich an einer öffentlichen Veranstaltung ein Jahr zuvor (notabene organisiert von den Golfplatz-Initianten) melden müssen. Alle diese Argumente werden vom Regierungsrat zerzaust: Die Alternative – die Grünen sind als eine von sechs Ortsparteien mit Mandaten im Gemeinde- und Kantonsrat klar eine wesentliche Minderheit. Die geforderte Teilnahme an der Propaganda-Veranstaltung der Initianten sei unerheblich: «Die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe können nicht von der Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung abhängen, sondern nur von der Zustellung der behördlichen Abstimmungserläuterungen mit der Minderheitsmeinung in demselben Dokument an alle Stimmberechtigten.» Allein dieser Satz ist eine Lektion in Sachen Demokratie.

Wirkung für alle Gemeinden

Gewonnen haben Fairness und Demokratie. Auch wenn der Gemeinderat nun das Verfahren ans Verwaltungsgericht weiterzieht, nach dem Entscheid des Regierungsrates ist klar: Bei Urnenabstimmungen in Zuger Gemeinden muss die Minderheitsmeinung in der Abstimmungsbroschüre berücksichtigt werden. ■

Raumplanung mit Biss!

André Guntern, Präsident Pro Natura Zug und Vorstand Alternative – die Grünen Baar | Bilder André Guntern

Um die Landschaftsinitiative der Umweltverbände zu verhindern, hat das eidgenössische Parlament in langer Arbeit einen Gegenvorschlag entwickelt. «Dank» dem Gewerbeverband können nun die Stimmberechtigten ein weiteres Mal beweisen, dass es ihnen mit einem verbesserten Schutz des Bodens Ernst ist.

Die Häufung von Abstimmungen, die klar auf einen besseren Schutz von Landschaft und Kulturland ausgerichtet sind, ist kein Zufall. Mit der Zustimmung zur Zweitwohnungsinitiative im März 2012 setzten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein erstes Zeichen, dass es mit der Verbauung der Alpen nicht mehr so weitergehen kann.

Dann gelang im Juni 2012 im Kanton Zürich den Grünen ein Coup. Fast im Alleingang haben sie ihrer Kulturlandinitiative zum Durchbruch verholfen. Die Absicht der Grünen, neben ökologisch Sensibilisierten auch ländliche Bevölkerung und Bauern anzusprechen, ist aufgegangen. Auch beim Engagement gegen den Golfpark Zugersee waren es Landwirte und Bauernverbände, die sich besonders stark für die Erhaltung der tangierten Fruchtflächeneinsetzten.

Landschaftsinitiative macht Druck

Um den anhaltend hohen Bodenverbrauch – nach wie vor ein Quadratmeter pro Sekunde – zu bremsen, haben die nationalen Umweltverbände die «Landschaftsinitiative - Raum für Mensch und Natur» 2008 eingereicht. Die Landschaftsinitiative zielt auf eine Änderung des Verfassungsartikels zur Raumplanung. Der vorgeschlagene Artikel übernimmt bewährte Elemente und ergänzt sie durch wichtige Begriffe, die bis anhin zu wenig Gewicht hatten: Schutz des Kulturlandes, Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugebiet, Siedlungsentwicklung «nach innen». Damit das Parlament im Falle einer Annahme diese Grundsätze auch in ein griffiges Gesetz packt, wurde in den Übergangsbestimmungen ein 20-jähriges Moratorium für neue Bauzonen festgesetzt. Dieses Moratorium



Verdichtete Wohnsiedlung der Korporation in der Herti Nord.



Ziel der Landschaftsinitiative: Freihaltung von Seeuern.

ist es denn auch, welches bürgerliche Parteien sowie die Bau-, Immobilien- und Hauseigentümerverbände in helle Aufregung versetzt hat. Da die Landschaftsinitiative in der Bevölkerung Sympathien geniesst, wollten die Gegner mit einer Revision des Raumplanungsgesetz (RPG) der Initiative den Wind aus den Segeln nehmen. Was folgte, war ein fast vierjähriges Ringen im National- und Ständerat. Nach der Devise «so wenig wie möglich, so viel

wie nötig» versuchten die verschiedenen Kräfte, der RPG-Revision Zähne einzusetzen, um diese dann gleich wieder zu ziehen.

SGV entwirft Horrorszenario

Das Ja zur RPG-Revision wird von vielen Verbänden aus dem Bau-, Immobilien- und Planungsbereich unterstützt. Dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) ging die Konzession an die Umweltverbände aber zu weit, weshalb er das Referendum ergriff. Unterstützung erhielt er in der Sammelphase fast einzig von der CVP und FDP Wallis.

In der Argumentation gegen die RPG-Revision wird mit grobem Geschütz aufgefahren: Die vom (bürgerlichen) Parlament beschlossenen Bestimmungen seien zutiefst eigentumsfeindlich und antiliberal, brächten neue Steuern, eine zentralistische Bürokratie und die Grundeigentümer in Existenznöte. Bodenrechtliche Zwangsmassnahmen würden zu einer Verknappung, und so zu höheren Immobilienpreisen führen. «Alles Quatsch!» empörte sich sogar der Zuger Baudirektor Heinz Tännler an der Podiumsveranstaltung des Zuger Hauseigentümerverbandes. Demgegenüber zeigte Tännler in der Folge auf, dass mit der RPG-Revision die Fehlentwicklungen in der Siedlungsentwicklung korrigiert werden können.

Fazit

Die Bevölkerung macht sich verstärkt Sorgen über das nach wie vor hohe Siedlungswachstum in unserem Land. Unsere Naherholungsgebiete und naturnahen Landschaften sind zu wertvoll, um sie einem ungebremsen Bauboom zu opfern. Die Revision des Raumplanungsgesetzes wird von vielen Organisationen und Parteien unterstützt, die mit dem knappen Gut Boden in Zukunft verantwortungsvoller und haushälterischer umgehen wollen. Der Gewerbeverband gehört definitiv nicht dazu. ■



24

Eine in ihrer Überforderung und Selbstüberschätzung die politische Schmerzgrenze derart überschreitende Bauchefin, dass sie von der eigenen Partei in die **Wüste** geschickt wird. Ein «Unternehmer» (dank geerbtem Geld), der per Rücktritt vor seinem eigenen Unvermögen **flüchtet**, weil er in zwei Jahren nicht schafft, was einer gelernten Hebamme mit Menschenkenntnis und Sozialkompetenz innert drei Monaten gelingt – nämlich einem untragbaren Chefbeamten beizukommen. Ein **arbeitsloser** Parfümverkäufer, der dank massivem Support von Adrian Risi (der SVP-Mäzen, dem in Baar die Golfbälle um die Ohren geflogen sind) aus dem politischen Nichts Stadtrat wird. Und ein luscher Finanzjongleur, der offensichtlich ein **Doppelleben** geführt hat. Ohne den soliden Hans Christen wären die Stadtzuger Bürgerlichen in den letzten sechs Jahren ein **Komplettausfall** gewesen.

Die Ironie der Geschichte: hätte die rechtsfreisinnige Stahlhelmfraktion dem finanzpolitisch zwar erzbürgerlichen aber ansonsten in vielen Fragen moderat agierenden Christen nicht systematisch den **Verleider** angehängt, wäre der Partei die Affäre Romer wohl erspart geblieben.

Immerhin wissen wir jetzt, was so ein Fasnachtsprinzenamt kostet: CHF 13'700. Wobei die Letzibuzäli offenbar noch **billig** seien. Karl Betschart habe damals für den Baarer Räbevater wesentlich mehr bezahlen müssen.

Kein Problem – das **Geld** kam ja wahrscheinlich von einem holländischen Steuer«optimierer».

Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht. Was den grossmehrheitlich streng bürgerlichen Baarer Gemeinderat Jahre gekostet hat, bis er unter massivstem politischen Druck ein bisschen gehandelt hat, erledigte der mehrheitlich linke Zuger Stadtrat sec in zwei Tagen. **Vroni-Power** wirkt.

Ein Hintertreppenwitz der Geschichte, dass von der Entscheidung des Zuger Stadtrats ein Mann **profitiert**, der eher das Gegenteil von führungsstark ist: Karl Kobelt.

Und noch ironischer ist, dass **KaKo** ausgerechnet wegen einer Finanzaffäre seines Parteikollegen seine eigene nicht gerade rosige monetäre Situation nun markant verbessern kann.

Noch ärger nötig hätte die Dritte auf der FDP-Stadtratsliste das Nachrutschen gehabt: die mit ihrer Arte Bagno Design AG im Februar baden respektive **Konkurs** gegangene Chris Oeuvray könnte den

Stadtratslohn dringend brauchen.

Im Stadtrat werden sie froh sein: Frau Oeuvray gilt als noch weniger führungsfernen als KaKo – das zeigte sich prägnant während der **Affäre Romer**: obwohl ein städtisches Problem, musste der freisinnige Kantonalpräsident und schliesslich sogar der nationale FDP-Präsident a d'Säck.

Die Glaubwürdigkeit der Stadtzuger FDP ist also auf den Grund des **Zugersees** gesunken und einige Exponenten unternehmen alles, damit sie dort bleibt.

Wer sich z.B. gefreut hatte, dass Kleeb seinen Abschied von der Politbühne nimmt (Zitat aus seinem Abschiedsbrief vom 30.3.2012: «Nun ist für mich nach einer intensiven Präsidentschaft der richtige Moment gekommen, vorerst mal ‚politisch Adieu‘ zu sagen und frische Prioritäten zu setzen.»), wurde **arg getäuscht**.

Und nachdem der Zusammenhang mit Filz und Nebenjobs dank Ivo Romer dem hintersten und letzten klar geworden ist und das **Vollamt** für die fünf Stadträte die logische Folge, hält Kleeb eisern am Njet zum Vollamt fest: «So vergraut man viele Unternehmer.»

Ihre eigenen Parolen nimmt die Partei sowieso **nicht ernst**. Im Moment

kämpft sie – wieder mit Kleeb an vorderster Front – für den Majorz. Und ist gleichzeitig heilfroh, dass dank Proporz KaKo nachrutschen kann. Im Majorz wäre der Stadtratsitz nämlich weg gewesen.

Schliesslich ist bis heute unbekannt, in wessen Interesse der freisinnige PR-Mann Bollmann zusammen mit Andreas Kleeb den Kauf des historischen L&G-Gebäudes durch die Stadt mit allen Mitteln verhindern wollte. Von Bollmann ist ja bekannt, dass er nur **auf Auftrag** arbeitet.

Nicht zuletzt mit dem Aufmarsch seiner ganzen Familie hat Bollmann die FDP zur Nein-Parole gepeitscht. Und so liberal ist die Partei und so viel Rückgrat haben die FDPlerInnen, dass es von all den BefürworterInnen des Kaufs in ihren Reihen nur gerade einer gewagt hat, öffentlich Stellung dafür zu beziehen. KaKo **schwieg**.

Die Antithese zum charakterlosen städtischen FDP-Geldfilz ist einer der wenigen verbliebenen Stadtzuger Bauern. Philipp Freimann wollte 2009 nicht, dass sein Weideland in der Lorzenebene in Bauland umgezont wurde. Die 30 Millionen, auf die der Biobauer **verzichtete**, entsprechen ungefähr dem L&G-Erbanteil, mit dem Ueli Straub zum «Unternehmer» wurde.

«**Freimann statt Freisinn!**»



Büchermail

Liebe Bulletin-LeserInnen!

Kennt Ihr den **Anderen Literaturklub**? Nein? Für Fr. 108.- jährlich bekommt Ihr vier Bücher und entdeckt Autorinnen und Autoren aus Afrika, Asien und Lateinamerika, deren Werke häufig zum ersten Mal ins Deutsche übersetzt wurden. Vier Mal im Jahr wird zudem die Zeitschrift «Literatur-Nachrichten Afrika – Asien – Lateinamerika» zugeschickt, welche mit aktuellen Themen, Porträts, Interviews und Rezensionen über Hintergründe der Weltliteratur informiert – eine wahre Fundgrube. Im 2012 war eines der vier Bücher:

Helon Habila: Öl auf Wasser, Verlag Das Wunderhorn, ein Umweltkrimi, Politthriller und Liebesroman in einem, der im Niger-Delta spielt. Die Buchauswahl für 2013 ist unter www.artlink.ch publiziert und es wäre toll, wenn der Andere Literaturklub neue AbonnentInnen gewinnen würde! Auch als Geschenk sehr gut geeignet!



Noch druckfrisch ist das neue Buch von: **Daniele Ganser: Europa im Erdölrausch** – die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit, Orell Füssli Verlag, Fr. 34.90
Die erste Gesamtdarstellung zu Europas Erdöl-Abhängigkeit spannt den Bogen vom Beginn der Erdölindustrie bis in die aktuellste Zeit. Die neu herausgearbeiteten Zusammenhänge zwischen Erdölförderung, Ressourcenplanung und kriegerischen Auseinandersetzungen lesen sich wie ein Kriminalroman und sind wasserdicht recherchiert und belegt. Die Wende Richtung Erneuerbare Energie betrifft nicht nur den Abschied von den AKWs, sondern auch die Reduktion der Erdölabhängigkeit.

Aus aktuellem Anlass ein Sachbuch und ein Roman: **Marlène Schnieper: Nakba – die offene Wunde** – die Vertreibung der Palästinenser 1948 und die Folgen, Rotpunktverlag, Fr. 36.–
Der geschichtliche Hintergrund wie auch Porträts von palästinensischen Flüchtlingen und ihren Angehörigen, verwebt mit Sequenzen aus dem heutigen Alltag in Israel und den Palästinensergebieten zeigen die Folgen der Nakba bis zum heutigen Tag eindrücklich.

Susan Abulhawa: Während die Welt schlief, Heyne-Taschenbuch, Fr. 13.50
Seit Generationen leben die Abulhijas als Olivenbauern in dem idyllischen Dorf Ein Hod. Ihr Leben ist friedlich – bis 1948 die Zionisten den Staat Israel ausrufen und sich alles verändert. Die Dorfbewohner werden mit Waffengewalt aus ihren Häusern vertrieben, müssen ihr Land, ihren Besitz und ihr Zuhause zurücklassen. Amal, die Protagonistin, geboren im Flüchtlingslager in Jenin, lernt die Heimat ihrer Vorfahren nie kennen. Das Buch erzählt ihre Geschichte.



Vom 1. November bis 2. Dezember 2012 war in Bern eine eindrückliche Ausstellung über **Die Nakba** – die Flucht und Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser 1948 – und die heutige palästinensische Realität, zu sehen. Die Broschüre mit den Ausstellungstafeln kann auf der BULLETIN-Website heruntergeladen werden (www.bulletin-zug.ch).

Ein Roman aus dem Irak: **Pius Alibek: Als ich unter Sternen schlief**, Insel Verlag, Fr. 32.90
Ein Lebensweg vom Orient in den Westen, eine Geschichte von glücklicher Kindheitsheimat, Entwurzelung und vitalem Neuanfang. Pius wächst im Irak der 50er-Jahre behütet und abenteuerlich zugleich mit elf Geschwistern in einer Familie auf, die der ältesten christlichen Gemeinde angehört und ihre eigenen Traditionen bewahrt. Seine Muttersprache ist das biblische Aramäisch. Die friedliche Gemeinschaft von Arabern, Kurden, Armeniern und Turkomanen im Norden des Iraks prägen ihn entscheidend.

Die Kriminalromane mit Kommissär Hunkeler lese ich sehr gerne. Eben ist das Tagebuch des Autors erschienen:

Hansjörg Schneider: Nilpferde unter dem Haus – Erinnerungen, Träume, Diogenes Verlag, Fr. 29.90
Klarsichtig, aufsässig und poetisch hält der Autor die letzten 10 Jahre seines Lebens fest. Eine Lektüre, die berührt.





26

Bücher aus dem Norden,
für kalte Wintertage:

Ketil Bjornstad:
Die Unsterblichen,
Insel Verlag,
Fr. 28.50

Andur Jónsdóttir:
**Jenseits des Meeres liegt
die ganze Welt,**
BTB-Taschenbuch,
Fr. 14.90

Per Petterson:
Im Kielwasser,
Fischer-Taschenbuch,
Fr. 14.90

Kristín Steinsdóttir:
Eigene Wege,
dtv-Taschenbuch,
Fr. 11.90

Ein Roman aus dem kalten
Graubünden:

Rico Tambornino:
**Jakobs gestörtes Verhält-
nis zum Schnee,**
Terra Grischuna Verlag,
Fr. 34.–

Und jetzt wünsche ich
allen viele Bücher oder
E-books unter dem
Weihnachtsbaum und
viel Spass beim Lesen!

Arlene Wyttenbach

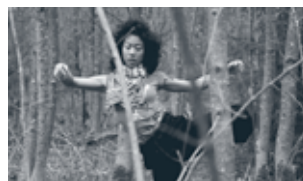
Buebe gö z'Tanz
Montag, 14. Januar 2013,
20 Uhr, Kino Gotthard

Regisseur Steve Walker hält fest, wie sich wirbelnde Beine und rumpelnde Rhythmen finden: Die Berner Rockband Kummerbuben rockt mit dem Bern Ballett. Die erste Parallelmontage setzt sogleich den Ton des Films: Harte Jungs treffen auf zarte Ballerinas, die chaotische Welt der alternativen Musikszene kontrastiert mit der eisernen Disziplin des Berner Balletts.



Die Tänzerin Izumi Shuto und die Choreografin Martina Langmann vom Bern Ballett wollen zur Musik der Kummerbuben eine eigene Choreografie schaffen. Man beschnuppert sich, argwöhnt, ist verunsichert und stürzt sich dann mit Vehemenz und viel Herzblut ins Unternehmen. Es gibt krasse Unterschiede in der Arbeitsauffassung, in der Entwicklung, in der Wahrnehmung, und doch findet man sich Schritt um Schritt, Song um Song. Trotz Rückschlägen, Zwigigkeiten und Ausfällen stehen am Ende alle gemeinsam auf der Bühne: die feingliedrigen Tänzerinnen und die rauen Mundart-Rockgiele,

die sich aufeinander einlassen und voneinander begeistern lassen.



Der Film dokumentiert den Prozess dieser künstlerischen Mischehe, die zur knallharten Zerreihsprobe für die Bandmitglieder wird, deren unterschiedliche Visionen immer mehr aufeinanderprallen. In ihrem Übungskeller zupfen sie am Kontrabass, lassen die Saiten jauchzen, das Saxophon röhren, bearbeiten Drums und Akkordeon. Simon Jäggi singt Lieder aus dem «Röseligarte», einer Sammlung Schweizer Volkslieder, und erneuert sie. Die Band bringt sie in Rockform – rumpelig, schräg, aber auch folkig-frisch und rockig neu.



Unauffällig wie eine Vertraute ist die Kamera dabei – haut- und gefühlshah. So gelingt es Steve Walker, den kreativen Prozess unterschiedlichster Akteure einzufangen. Das ist spannender und aufregender als mancher Spielfilm aus Schweizer Küche.

Buebe gö z'Tanz war ein überraschender Höhepunkt der Solothurner Filmtage 2012.



Nach der Vorstellung beantwortet Regisseur **Steve Walker** Publikumsfragen.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



2013

Mittwoch, 9. Januar:
Alternative Monatsbar
 ABSCHIED VON JO LANG
 AUS ZUG
 ab 18.30 Uhr, Siehbach-
 saal, Chamerstrasse 33,
 Zug, mit Köchinnen und
 Köchen Alternative – die
 Grünen Baar

Samstag, 19. Januar:
Grüne Schweiz
 Delegiertenversammlung

Mittwoch, 6. Februar:
Alternative Monatsbar
 ab 18.30 Uhr, Siehbach-
 saal, Chamerstrasse 33,
 Zug, mit Köchinnen und
 Köchen Junge Alternative

Mittwoch, 6. März:
Alternative Monatsbar
 Jahresversammlung Stadt
 Zug, ab 18.30 Uhr,
 Siehbachsaal, Chamer-
 strasse 33, Zug, mit
 Köchinnen und Köchen
 Oberägeri

Samstag, 16. März 2013
 Grosses Fest der Alternativen
 die Grünen

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
 Postfach 4806, 6304 Zug
 041 711 99 09
 www.alternative-zug.ch
 info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro Alternativen – die Grünen Zug:
Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9–13 Uhr
Donnerstag 9–13 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**
 Anna Lustenberger-Seitz
 Postfach, 6340 Baar
 info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
 Barbara Beck-Iselin
 Postfach 112, 6313 Menzingen
 b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
 Cornelia Mayinger
 cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
 Postfach 4805, 6304 Zug
 info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
 Philipp Röllin
 forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch
 Hanni Schriber
 hannischriber@gmx.ch

Grüne Steinhausen
 Postfach 123, 6312 Stein-
 hausen
 steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
 Postfach 4806, 6304 Zug
 junge@alternative-zug.ch

Krifo Alternative Cham
 Sha Ackermann und Roman
 Ambühl
 cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne Fraktion
im Kantonsrat**
 www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
 www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
 Artikel unterliegen der
 alleinigen Verantwortung
 der AutorInnen.

BULLETIN
 Nr. 4, Dezember 2012
 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative –
 die Grünen Kanton Zug,
 Postfach 4806, 6304 Zug,
 bulletin@alternative-zug.ch

Catering:
 Arlene Wyttenbach

Redaktion:
 Natalie Chiodi, Hansjörg
 Glauser, Jonas Feldmann,
 Philippe Koch, Lorenzo
 Martinoni, Martin Stuber

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
 (100% Recycling Papier)

Titelbild:
 Paula Gisler

Nutzaufgabe:
 800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–
 Mitgliederbeitrag Verein
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2013:
 15. März 2013

Erscheinungsdatum:
 Donnerstag 4. April 2013

«DAS BULLETIN»
 im Internet unter
 www.bulletin-zug.ch

27

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

